

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hamburg**



Vorsitzender

Schulstrukturdebatte in Hamburg

***Klaus Bullan
im Februar 2007***

Gliederung

- I. Das Zwei-Säulen-Modell der CDU Hamburg
- II. Warum hält die CDU - Hamburg nicht am bestehenden System fest?
- III. Gegenwind von rechts
- IV. Auf dem Weg zum historischen Kompromiss?
Politische Lage in Hamburg
- V. Grundsätzliche Kritik am Zwei-Säulen-Modell
- VI. Die zentralen Mängel der Zwei-Säulen
- VII. Kritikpunkte im Einzelnen

ANHANG

Dokument 1

Beschluss der Landesvertreterversammlung am 28. November 2005
Zweigliedriges Hamburger Schulwesen

Dokument 2

Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 24. April 2006
Zur Enquete-Kommission „Konsequenzen aus der neuen Pisa-Studie für
Hamburgs Schulen“

Dokument 3

Beschluss der LVV der GEW Hamburg am 27. November 2006
Zwei-Säulen-Modell

Dokument 4

Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 27. November 2006
Länger gemeinsam lernen – Hamburg braucht eine Schule für alle Kinder!

Dokument 5

CDU- Arbeitsgruppe Schulstruktur, Robert Heinemann
Von der Bildungswende zur Schulstrukturreform:
Zwei Wege für Hamburg – die Stadtteilschule als historische Chance

Dokument 6

SPD Gruppe der Enquete-Kommission
„Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“

Dokument 7

Auszüge aus dem Vortrag von Christa Goetsch „9 macht klug“ - Übergänge zu
einer Hamburger Schule für alle

Schulstrukturdebatte in Hamburg

Ausgangspunkt:

Die CDU-Fraktion hat am 15.01.2007 ein Eckpunktepapier zur Schulstruktur beschlossen, das das sog. Zwei-Säulen-Modell beinhaltet („*Von der Bildungswende zur Schulstrukturreform – Zwei Wege für Hamburg – die Stadtteilschule als historische Chance.*“)

Am 24./25.2 wird die Enquete-Kommission Eckpunkte zur Schulstrukturreform abschließend beraten und verabschiedet.

Die GEW Hamburg hat die Debatte um die Schulstruktur in Hamburg von Beginn an kritisch begleitet und ihre Vorstellungen von einer Schule für alle in die Diskussionen eingebracht. Da nunmehr erstmals eine ausgearbeitete Stellungnahme der CDU vorliegt, wohin die Reise gehen soll, brauchen wir eine detaillierte Stellungnahme der GEW dazu.

I. Das Zwei Säulen Modell der CDU Hamburg

Die Änderung der Schulstruktur zu diskutieren, begründet die Hamburger CDU zum einen mit der erfolgten Wende in der Bildungspolitik seit Bestehen des CDU-Senats 2001, die zu einer Orientierung an Zielen und Leistungen in den Schulen geführt habe sowie die Selbstverantwortung der Schulen erhöht habe. („*Einführung zentraler Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen, Schaffung einer Schulinspektion, Einführung einer Viereinhalbjährigen-Untersuchung mit anschließender verpflichtender Sprachförderung, mehr Eigenverantwortung für alle Schulen bei klarer Ergebnissicherung durch den Staat, u. a. durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen, mehr Informationsrechte und Transparenz für Schüler und Eltern, Reform der Lehrerausbildung, Einführung einer verpflichtenden Fortbildung für Lehrer, über hundert neue Bildungspläne, Verdoppelung der Ganztagschulen, insbesondere in sozialen Brennpunkten, Reduzierung der Klassenfrequenzen in den Grundschulen in sozialen Brennpunkten, Reduzierung des Unterrichtsausfalls usw.*“ CDU-Papier, S. 2)

Zum anderen mit den Anmeldezahlen im vielfach gegliederten Schulsystem Hamburgs. Das Elternwahlrecht habe das Faktum geschaffen, dass ca. die Hälfte aller SchülerInnen das Gymnasium besucht, während der Rest sich auf Haupt- und Realschulen, Integrierte Haupt- und Realschulen, Integrierte Gesamtschulen, Kooperative Gesamtschulen, siebenstufige und Aufbaugymnasien, Sonderschulen sowie anschließende berufliche Gymnasien verteile.

Der Vorschlag der CDU sieht vor, neben dem Gymnasium, das nach 12 Jahren zum Abitur führt, eine sog. Stadtteilschule als 2. Säule zu schaffen. Alle Schulen mit Ausnahme der Gymnasien und der Sonder- bzw. Förderschulen schließen sich in Stadtteilschulen zusammen. In Anknüpfung an die Modelle in Sachsen und Thüringen solle aber in Hamburg das Konzept so modifiziert werden, dass zwei „wirklich gleichwertige Schulformen“ geschaffen werden, d.h. auch die Stadtteilschule soll nicht nach Klasse 10 enden sondern die Möglichkeit beinhalten, bis zum Abitur, dann allerdings nach 13 Schuljahren, zu führen.

An den Stadtteilschulen ist es möglich,

- den ersten Bildungsabschluss
- den mittleren Bildungsabschluss
- die vollwertige Fachhochschulreife
- die Hochschulreife

zu erwerben.

Während in der Stadtteilschule das handlungsorientierte Lernen für die eher praktisch Begabten im Mittelpunkt steht, mehr Lernzeit vorhanden ist und innovative pädagogische Ansätze und Förderkonzepte zum Tragen kommen sollen, ist das Gymnasium für diejenigen da, die „nach der 4. Klasse erkennbar den schnelleren Weg zur Hochschulreife“ anstreben wollen und können, wissenschaftsorientiert und eigenständig lernen können.

Arbeits- und Berufsorientierung in enger Kooperation mit der Wirtschaft ist für die Stadtteilschulen frühzeitig vorgesehen. Ein Wechsel zwischen den Schulformen soll nur bis zum Ende der Klasse 6 möglich sein, die Schulen treffen dann die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn.

(vgl. dazu Robert Heinemann (CDU): Von der Bildungswende zur Schulstrukturreform: Zwei Wege für Hamburg – die Stadtteilschule als historische Chance, unter Dokumente: 5.)

II. Warum hält die CDU - Hamburg nicht am bestehenden System fest?

Angetreten war die Hamburger CDU mit dem Ziel, die gegliederte Schulstruktur in Hamburg zu stärken. Dazu dienten Vorhaben wie die Stärkung der Hauptschulen, die Zurückführung der Haupt- und Realschulintegration, die Zerschlagung integrativer Regelklassen, die Verschlechterung der Ausstattung integrativer Gesamtschulen und die Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien.

(Belege!?)

Diese Politik ist auf ganzer Linie gescheitert:

Die Anmeldezahlen in den letzten Jahren belegen, dass

- die Gesamtschulen nach wie vor von Eltern gern gewählt werden
- Haupt- und Realschulen weiter an Zulauf verlieren und immer mehr zu Restschulen werden.

Es gibt eine massive **Krise der Hauptschulen**, die als Restschulen trotz großen Engagements der Lehrerinnen und Lehrer immer mehr zu einem Sammelbecken von Bildungsbenachteiligten und Migrantenkindern werden, die fast keine Chancen haben, in Ausbildung oder Arbeit zu kommen.

Es gibt aber auch eine **Krise der Gymnasien**, an denen immer mehr SchülerInnen scheitern. Hamburg hat nach wie vor den höchsten Stand an Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Die jüngsten Leistungsuntersuchungen (KESS 7) belegen, dass die Lernerfolge auch gerade an den Gymnasien völlig unzureichend sind, ja sich in der Zeit der CDU-Regierung verschlechtert haben.

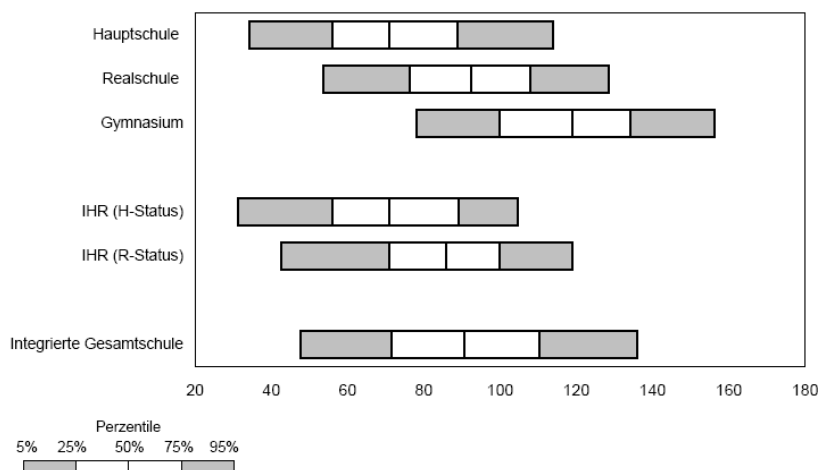
Die Ergebnisse sind eine Bankrotterklärung für die Schulpolitik in dieser Stadt. Einmal mehr wird durch die Studie bestätigt, dass das gegliederte Schulwesen weder den selbst gesetzten, noch den Ansprüchen an ein Bildungswesen, Chancengleichheit und individuelle Förderung zu erreichen, entspricht.

Die Ergebnisse:

Das gegliederte Schulwesen gliedert nicht nach Schülerleistung:

Es gibt große Überlappungen in den Lernständen zwischen Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien. So zeigt die Leistungsverteilung im Leseverständnis, dass 75% aller RealschülerInnen auf Gymnasialniveau liegen und auch noch 40% aller HauptschülerInnen.

Abbildung 4.1: Leistungsverteilung im Leseverständnis nach Schulform und Kursniveau



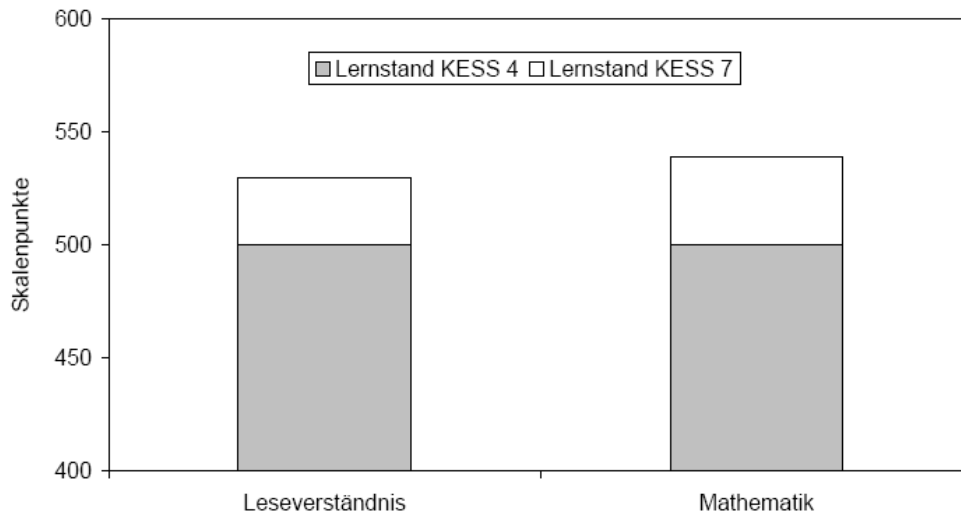
Die Lernentwicklungen in Jahrgangsstufe 5 und 6 bleibt deutlich „hinter den Erwartungen zurück“.

Besonders an den Gymnasien ist der Lernzuwachs unterdurchschnittlich, an den Gesamtschulen dagegen überdurchschnittlich.

Im Vergleich zu den LAU-Untersuchungen (LAU 5 und Lau 7) aus den Jahren 1996 und 1998 fällt auf, dass der deutliche Lernfortschritt, den die Hamburger SchülerInnen am Ende der Grundschulzeit in KESS 5 (2003) gegenüber LAU 5 (1996) hatten, in den Klassenstufen 5 und 6 heute gegenüber vor sieben Jahren aufgebraucht ist. D.h. unter der CDU – Regierung ist der Lernstand gegenüber 1998 tatsächlich zurückgegangen!

Der Lernzuwachs in einem Jahr der Grundschule von Klasse 3 nach Klasse 4 ist deutlich höher – so der Vergleich von Kess 4 und Kess7 – als der Lernzuwachs in zwei Jahren von Klasse 5 bis Klasse 7. das heißt im Klartext, dass im Durchschnitt ein Lernjahr in der Orientierungsstufe verloren geht.

Abbildung 6.1: Mittlere Lernstände am Ende der Grundschule (KESS 4) und am Ende der Jahrgangsstufe 6 (KESS 7) für die Kompetenzdomänen Leseverständnis und Mathematik



BBS / IFS / LI : Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern

© KESS 7

Die Bildungspolitik des CDU Senats ist angetreten mit dem Ziel:

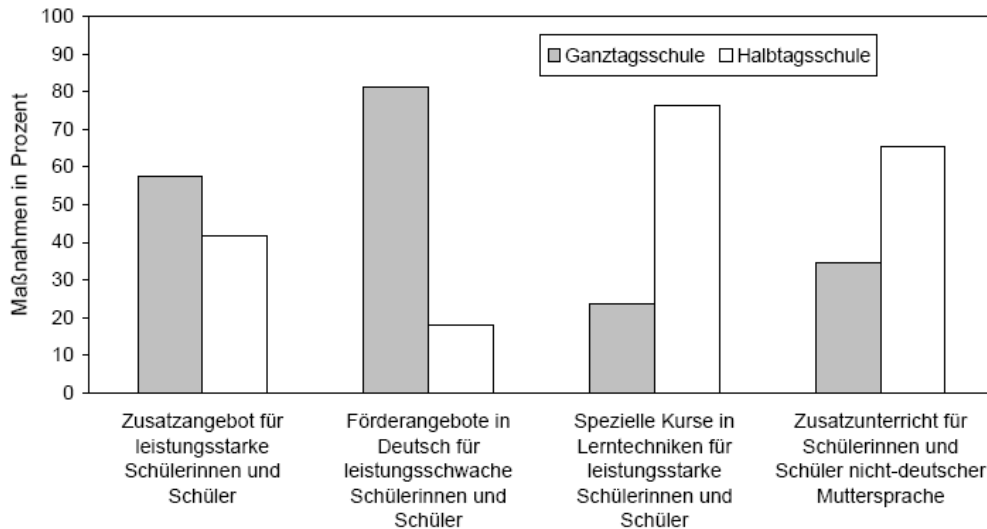
- Die Hauptschulen und das gegliederte Schulwesen insgesamt zu stärken. („Für jede Begabung die richtige Schulform“)
- Die Gesamtschulen als ungeliebte Schulform zu schwächen durch rückgehende Mittelzuweisungen. („Die Gesamtschulen sind die teuerste Schulform“)
- Das Gymnasium zu stärken, mehr SchülerInnen schneller zum Abitur zu bringen.
- Den Leistungsstand an allen Schulen durch zentrale Vergleichsarbeiten und Prüfungen zu heben.

All diese Ziele sind gescheitert.

- KESS 7 zeigt, dass begabungsgerechte Aufteilung auf Schulformen illusorisch ist. Es gibt große Leistungsüberlappungen zwischen allen Schulformen, die Selektion verläuft nach sozialem Status und ethnischer Zugehörigkeit der Herkunftsfamilie.
- Trotz massiver Benachteiligung der Arbeit der Gesamtschulen durch Mittelkürzungen und Diffamierungskampagnen („zu teuer, zu ineffektiv“) sind die Ergebnisse der Hamburger Gesamtschulen wie schon bei PISA E überdurchschnittlich gut. Insbesondere der Vorsprung der Gesamtschulen gegenüber den Gymnasien, was

gezielte Fördermaßnahmen und –konzepte für bestimmte Schülergruppen betrifft, aber auch der verschiedenen Formen der Lehrerkooperation sind wichtige Hinweise darauf, in welche Richtung sich Schule entwickeln muss, um erfolgreich zu sein. (Vgl. Kess 7, Tab 2.1, 2.2,2.3)

Abbildung 2.2: Fördermaßnahmen nach Form der Schulorganisation (N = 165, Angaben in Prozent)



BBS / IFS / LI : Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern

© KESS 7

Tabelle 2.3: Mindestens einmal pro Monat genutzte Form unterrichtsbezogener Kooperation nach Schulform (N = 165, Angaben in Prozent)

Regelmäßige Formen der Zusammenarbeit im Kollegium (mindestens einmal monatlich)	Haupt- und Realschulen	Gesamtschulen	Gymnasien
Teambesprechung im Jahrgang	55,0	62,2	17,7
Abstimmung in der Leistungsmessung und -bewertung	25,4	25,7	14,5
Diagnose und Erörterung von Lernerwicklungen	34,5	31,4	16,1
Gemeinsame Planung von Unterricht	35,7	29,4	25,0
Unterricht im Team	39,7	29,4	16,1
Durchführung von Fördermaßnahmen im Team	41,7	28,1	5,0
Gegenseitige Hospitationen	6,7	5,9	-

BBS / IFS / LI : Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern

© KESS 7

- Insbesondere den Gymnasien gelingt es nicht, SchülerInnen mit Problemen entsprechend zu fördern. Wir haben in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen, dass der Förderunterricht an den Gymnasien systematisch auf fast Null heruntergefahren wurde, die Klassenfrequenzen massiv heraufgesetzt wurden. Die

Schülerzahlen haben sich den seit 2000 um 11,8% erhöht, die Zahl der Lehrkräfte nur um 1,1%. Förderunterricht ist um 77% zurückgegangen. Gleichzeitig hat die Schulzeitverkürzung zum Abitur den Stress für die SchülerInnen massiv erhöht und immer mehr sind zu Nachhilfe gezwungen.

Jetzt zeigen sich die Ergebnisse dieser Maßnahmen sehr deutlich.

Das Turboabi führt nach Umfragen von Eltern an Gymnasien zu Leistungsver schlechterungen, Magenschmerzen und Essstörungen. Weniger Schüler verlassen die Gymnasien erfolgreich und die Leistungen gehen gegenüber 1998 in Klasse 5 und 6 zurück.

- Obwohl die Schulen mit zentralen Prüfungsarbeiten und Vergleichsarbeiten überzogen wurden, obwohl die Noten in der Grundschule wieder obligatorisch wurden und mehr auf Leistungsorientierung gesetzt wird, werden die Ergebnisse nachweisbar schlechter. Offensichtlich ist nicht die mangelhafte Outputorientierung der Schulen ursächlich für mangelhafte Bildungsergebnisse, sondern es zeigen sich hier die Resultate einer verfehlten Politik von Arbeitsüberlastung der Lehrkräfte durch Arbeitszeitverlängerung und –verdichtung, von Klassenfrequenzerhöhungen auf allen Schulstufen und in allen Schularten sowie steigenden Stress für Schülerinnen und Schüler.

III. Gegenwind von rechts

Im Unterschied zu Unions - geführten Ländern wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg, die nach wie vor auf die Stärkung des viergliedrigen Schulwesens aus Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Förderschule setzen, sind z.B. in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg die CDU – Landesverbände bereit, die bestehende Schulstruktur in Frage zu stellen. Teils aus Koalitionserfordernissen (SPD/CDU Koalitionen) teils aus demografischen Gründen (Schülerrückgang in Flächenstaaten) geben CDU-Politiker das Tabu, dass über die Schulstrukturen nicht geredet wird, auf. M.E. darf nicht unterschätzt werden, dass dies für die CDU schwierige Schritte sind und sie vor große Konflikte mit einem Teil ihrer Klientel stellt.

Neben der BUNDESGEMEINSCHAFT GEGLIEDERTES SCHULWESEN e. V. sind insbesondere der Verband deutscher Realschullehrer und der deutsche Lehrerverband mit seinem Vorkämpfer Josef Kraus an der Spitze die Lobbyisten des gegliederten Schulwesens. Es ist nicht schwer zu verstehen, dass die Klientel der Konservativen in ihrer Gesamtheit nur schwer davon zu überzeugen ist, dass nun doch das „beste Schulsystem der Welt“ auf den Prüfstand kommen soll. Auch wenn es eher mit Humor zu nehmen ist, dass die Vorkämpfer des Gymnasiums im Philologenverband fast die letzten sind, die für die Stärkung der Hauptschulen in ihrer bestehenden Form eintreten, wird die CDU insgesamt möglicherweise in schwere Probleme geraten. Der Realschullehrerverband spricht in Schleswig-Holstein von „Verrat an den Realschulen“, Josef Kraus vom „Virus der Selbstverleugnung und der schulpolitischen Prinzipienlosigkeit, (der) nun auch in der CDU ausgebrochen“ sei. Ohne Not, sprich ohne Koalitionspartner, mache sich die CDU in Hamburg zur „Speerspitze einer SPD-Bildungspolitik“.

Es greift deshalb m.E. zu kurz, wenn die Initiative der Hamburger CDU allein als mehr oder weniger geschickter Versuch zur Abschaffung der ungeliebten Gesamtschulen ausgemacht wird. Selbstverständlich geht es der CDU um den Erhalt eines gegliederten Schulwesens, ohne das die Gymnasien in ihrer bestehenden Form nicht existieren könnten. Die CDU in Hamburg will das gegliederte Schulwesen zukunftsfähig machen, ist so klug, zu erkennen, dass das in der herkömmlichen Form nicht mehr geht und nimmt dafür auch notgedrungen Konflikte mit einem Teil ihrer eigenen Klientel in Kauf.

IV. Auf dem Weg zum historischen Kompromiss? - Politische Lage in Hamburg

Die politische Lage in Hamburg ist gekennzeichnet durch eine Alleinregierung der CDU mit absoluter Mehrheit in dieser Legislaturperiode und dem Verlust vierzigjähriger Regierungsbeteiligung der SPD seit 2001. Im Parlament, der Bürgerschaft, sind nur CDU, SPD und GAL vertreten.

Sinkende Umfragewerte für die CDU kommen ein Jahr vor der nächsten Bürgerschaftswahl im Februar 2008 nicht der oppositionellen SPD zugute, diese reibt sich stattdessen in Personalquerelen um ihren 1. Bürgermeisterkandidaten auf. Dahinter steckt m. E. auch ein fehlendes Konzept für ein alternatives Angebot zum Erfolgsmodell Ole von Beust. Die GAL liegt stabil bei ca. 14% und erscheint in der Öffentlichkeit häufig als die eigentliche Oppositionskraft.

Sollte die CDU – wofür gegenwärtig einiges spricht – ihre absolute Mehrheit verlieren, sind aus heutiger Sicht weder eine Große Koalition, noch Schwarz-Grün, noch Rot-Grün auszuschießen.

Vor diesem Hintergrund muss die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Schulstruktur in Hamburg gesehen werden.

Die SPD hat auf ihrem Bildungsparteitag am 2. Dezember 2006 einen Beschluss gefasst, der als Kompromiss zwischen den Befürwortern eines Zwei-Säulen-Modells auf der einen, den Befürwortern einer Schule für alle auf der anderen Seite gewertet wird. Darin wird die Zielsetzung formuliert, *„integrierte Systeme voranzubringen. Länger gemeinsam lernen muss das Ziel sein. Dieser Prozess der Umsteuerung unseres Schulsystems zu einer „Schule für alle“ wird etliche Jahre in Anspruch nehmen. Deshalb müssen wir jetzt damit beginnen“* (aus dem Leitantrag).

Erster Schritt soll die Abschaffung der Hauptschulen und der Zusammenschluss zu integrierten Haupt- und Realschulen sein, danach erfolgt der Zusammenschluss der verschiedenen Schulformen – IHR, Gesamtschulen, Gymnasien - in den Stadtteilen zu Stadtteilschulen. Allerdings: *„Wir wollen die Gymnasien nicht abschaffen“*

Die SPD hält sich damit die Möglichkeit offen, gemeinsam mit der CDU – zumindest in ersten Schritten – zunächst ein Zwei-Säulen – Modell umzusetzen ohne das Ziel der einen Schule für alle aus den Augen zu verlieren. Dahinter steht sehr deutlich die Absicht, sich nicht gegen die zahlreichen Eltern zu stellen, die ihre Kinder in Hamburg für das Gymnasium anmelden und darauf bestehen, dass das auch so bleibt. So ist in der SPD Hamburg auf höchster Führungsebene umstritten, ob man das Thema Schulstruktur überhaupt zum Wahlkampfthema machen soll.

Die SPD-Gruppe in der Enquete-Kommission akzentuiert in ihrer abschließenden Stellungnahme stärker das Ziel der einen Schule für alle und plädiert für ein Einbeziehen auch der Gymnasien in die Stadtteilschule, wo immer das möglich ist.

Pikanterweise hat das zu einer abweichenden Stellungnahme der von der SPD benannten Experten Prof. Lehberger, Frau Schlüter und Dr. Dieter Wunder geführt, die sich für ein Zwei-Säulen –Modell aussprechen.

Die GAL spricht sich klar für eine Schule für alle aus, ihr Konzept: „Neun macht klug“, sieht eine Beschulung in einer einheitlichen Schule für alle bis Klasse 9 vor. In der Enquete-Kommission der Hamburger Bürgerschaft, die auf Initiative der GAL eingerichtet wurde, sind die GAL-Vertreter die einzigen, die konsequent für diesen Weg eintreten. Es gibt von der GAL einen Vorschlag für Übergänge zu einer Schule für alle über zwei Legislaturperioden, der zunächst bis 2010 schrittweise möglich machen soll, dass alle 5. Klassen zusammen bleiben.

(Siehe Anhang 7)

Die CDU sieht durch ihren Schritt weg vom herkömmlich gegliederten System die Chance zu einem „historischen Kompromiss“ zwischen CDU und SPD in der Schulstrukturfrage. Damit meint sie die Überwindung eines ideologischen Grabenkampfes der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zwischen den Gesamtschulverfechtern auf der einen, den Fans des gegliederten Schulwesens auf der anderen Seite. Jetzt sei Pragmatismus gefragt und die Orientierung am Wohle des Schülers. Diese Sichtweise erhält in der Hamburger Öffentlichkeit auch unter „Bildungsexperten“ trotz der darin enthaltenen Diffamierung

derjenigen, die sich immer für integrative Systeme eingesetzt haben, eine erstaunlich breite Zustimmung.

Gegenkräfte gegen diesen Kurs sind – außer der schon erwähnten GAL – vor allem in einem breiten Bündnis in der bildungspolitischen Szene Hamburgs zu finden, die sich 2006 um die InitiatorInnen und UnterstützerInnen der „Hamburger Erklärung“ organisiert haben. Dazu gehören die SchülerInnenkammer, die Elternkammer und die Lehrerkammer (bzw. ihre Vorsitzenden), der Hamburger Elternverein, ProfessorInnen der Hamburger Universität, DGB, ver.di und IG Metall, BildungspolitikerInnen der SPD, die Linkspartei, die GGG und die GEW Hamburg.

Die Debatten zeigen, dass es viel Zustimmung für eine Schule für alle gibt und kaum Argumente für ein wie auch immer gegliedertes Schulwesen.

Die Unterschriftensammlung unter die „Hamburger Erklärung“ laufen kontinuierlich. Es wird zurzeit geprüft, welche Chancen dafür bestehen, durch das in Hamburg sehr bewährte und populäre Mittel der Volksgesetzgebung die eine Schule für alle gesetzlich zu verankern. Die Pläne der CDU sehen vor, bis 2009 die Schulstruktur in ihrem Sinne zu verändern. Jetzt – auch im bevorstehenden Wahlkampf – erscheint die Zeit günstig, die Schulstruktur in Richtung mehr Integration zu verändern.

V. Grundsätzliche Kritik am Zwei-Säulen-Modell

Hamburg ist die Stadt mit den größten sozialen Gegensätzen in Deutschland. Es ist eine der reichsten Kommunen Europas, weist die höchste Dichte an Einkommensmillionären auf und zugleich die höchste Verbreitung von Sozialhilfe (HartzIV) - Empfängern. Armut und Kinderarmut sind in der Metropole Hamburg weit verbreitet: Jedes 4. Kind lebt in Hamburg von der Sozialhilfe.

Die Verteilung von Armut und Reichtum in dieser Stadt ist an den Postzustellbezirken ablesbar: Hier die Elbvororte und die Walddörfer, dort Wilhelmsburg, Billstedt und Veddel. Das schlägt sich auch auf die Schulen nieder.

Die Pisa-E Ergebnisse bestätigen: Die „Risikogruppe“ (15jährige auf oder unter Kompetenzstufe 1) im Leseverständnis ist in Hamburg mit weit über einem Viertel aller SchülerInnen (27,6%) extrem hoch.

Hamburg ist das Land, das eine besonders große Spitzengruppe und gleichzeitig eine besonders große Risikogruppe hat. D. h. in Hamburg ist die Spreizung zwischen sehr erfolgreichen und sehr wenig erfolgreichen SchülerInnen besonders groß.

Insbesondere in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sind die Unterschiede zwischen dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Status der Eltern extrem hoch.

In Hamburg ist die Zahl der Bevölkerung, die über sehr geringe sozioökonomische und kulturelle Ressourcen verfügt, extrem hoch.

Die Chance eines Akademikerkindes, ein Gymnasium zu besuchen, ist in Hamburg 7,53 mal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes. bei gleicher Lese- und Mathematikkompetenz immer noch 3,55 mal so hoch.

PISA 2003: Vergleich des ökonomischen, sozialen und kulturellen Status

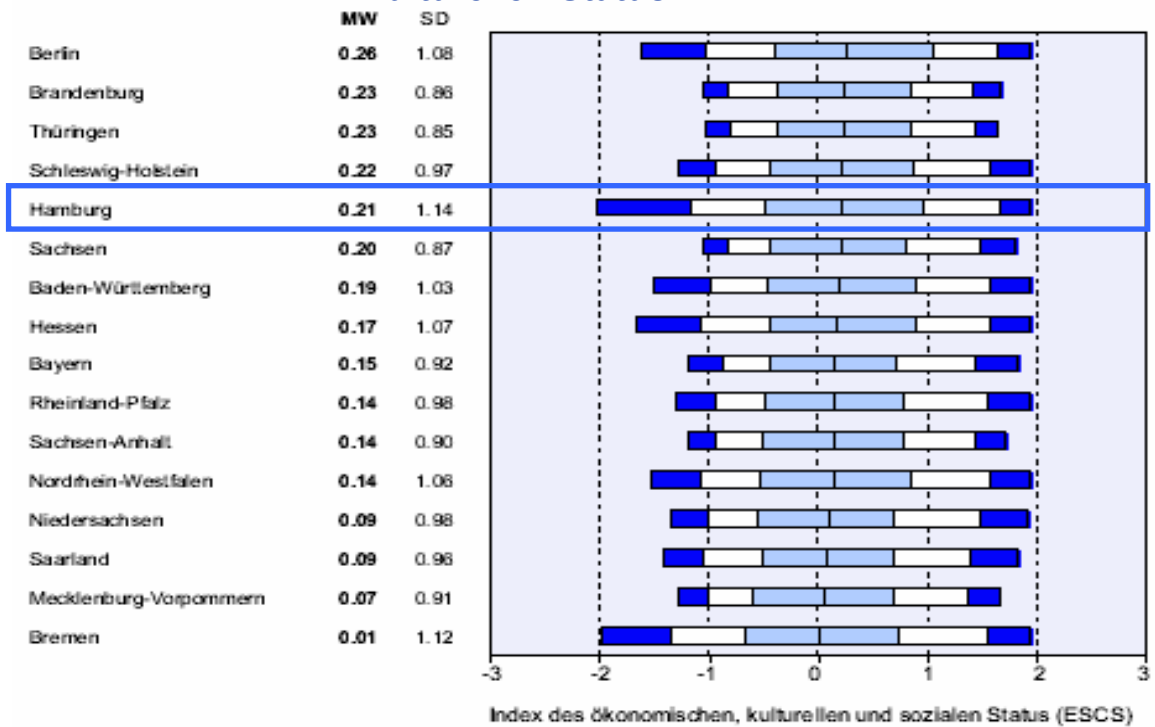
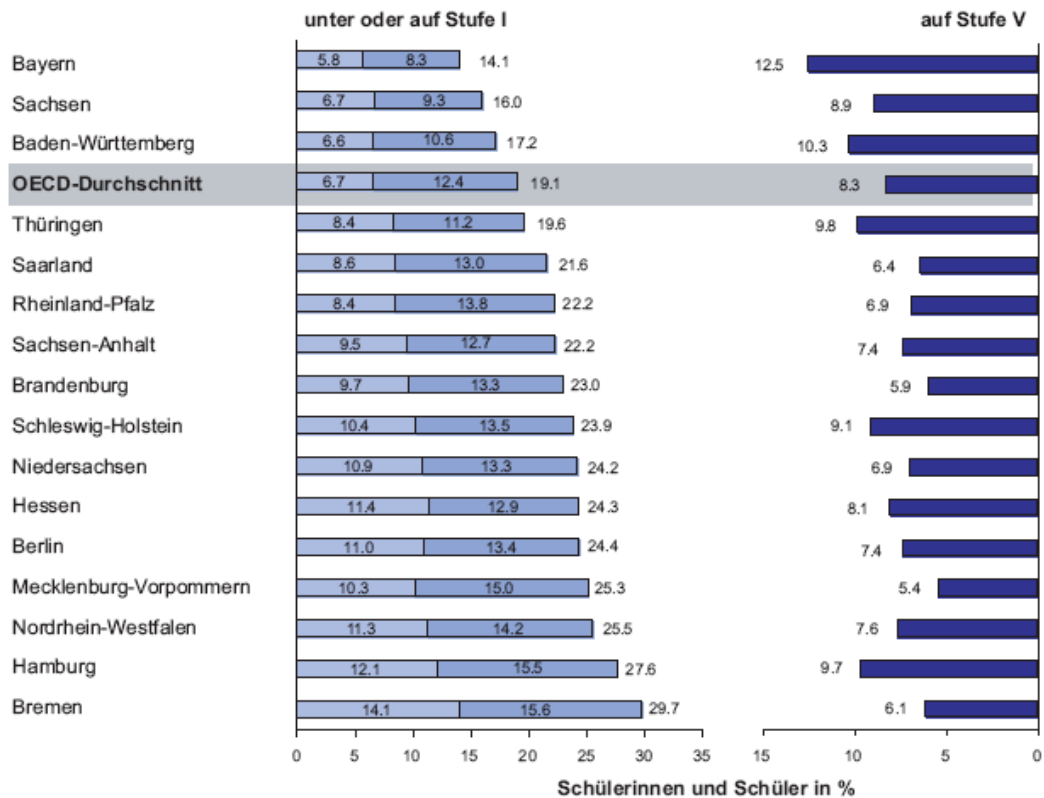


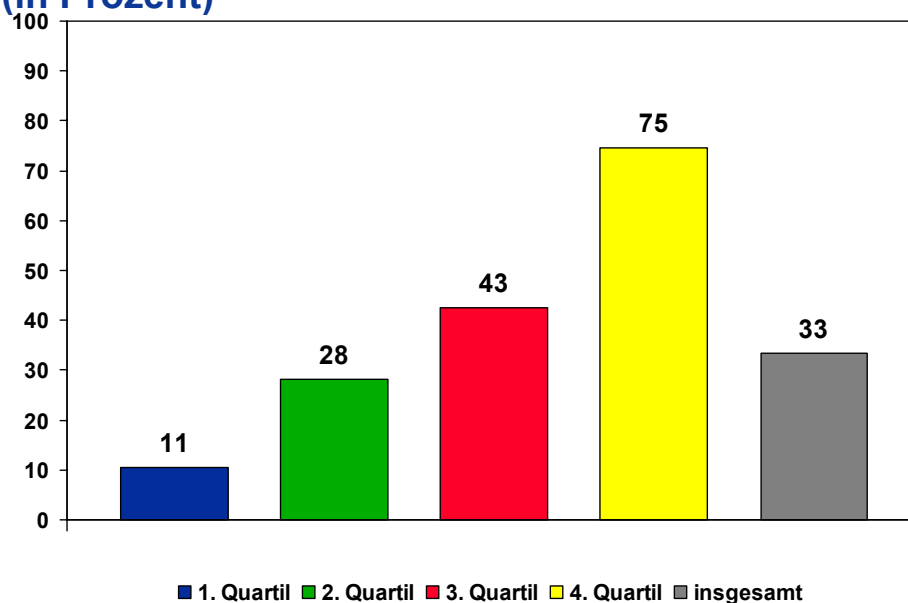
Abbildung 3.2: Anteile der Schülerinnen und Schüler unter oder auf Kompetenzstufe I beziehungsweise auf Kompetenzstufe V der Lesekompetenz nach Ländern



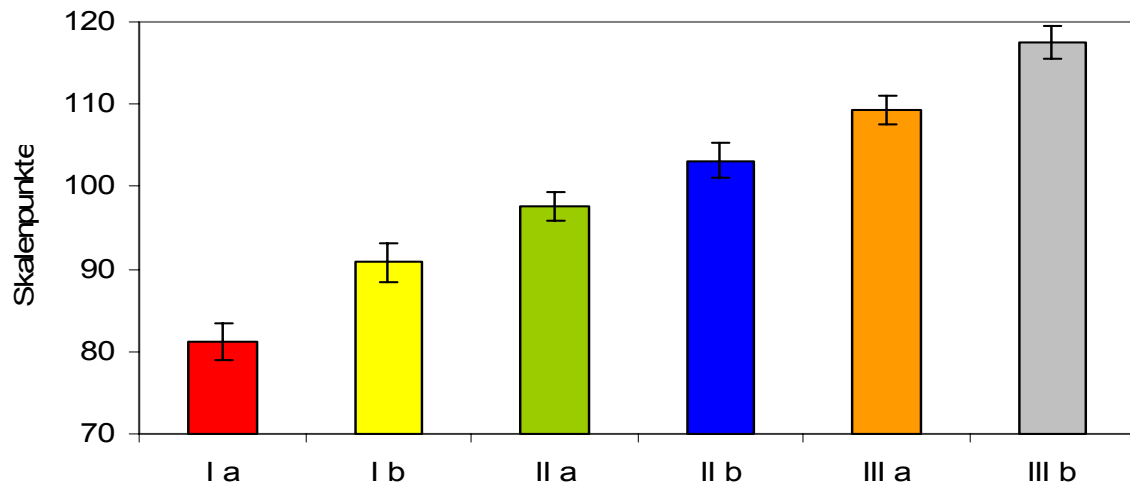
Dreh- und Angelpunkt bei der Fragestellung, welche Schulstruktur wir brauchen, ist die Beantwortung der Frage, wie soziale Selektion in der Schule verringert werden kann. Der Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer, bildungsmäßiger und ethnischer Herkunft der Eltern ist auch in Hamburg eklatant hoch. Geringe Schulleistungen konzentrieren sich an den nichtgymnasialen Schulformen, vor allem an Förder- und Hauptschulen – und die Verteilung auf die Schularten erfolgt, wie empirisch belegt werden kann, in erster Linie nach dem sozialen bzw. ethnischen Hintergrund der Eltern, so die Analyse der Pisa 2003 –Daten und der KESS Untersuchungen für Hamburg.

„Die Daten der Untersuchung KESS 7 belegen erneut den mittlerweile vielfach empirisch belegten Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler und ihrem Kompetenzerwerb.“

PISA 2003: Expansionsgrad des Gymnasiums und Gymnasialbeteiligung nach Sozialschicht (ESCS) in Hamburg (in Prozent)

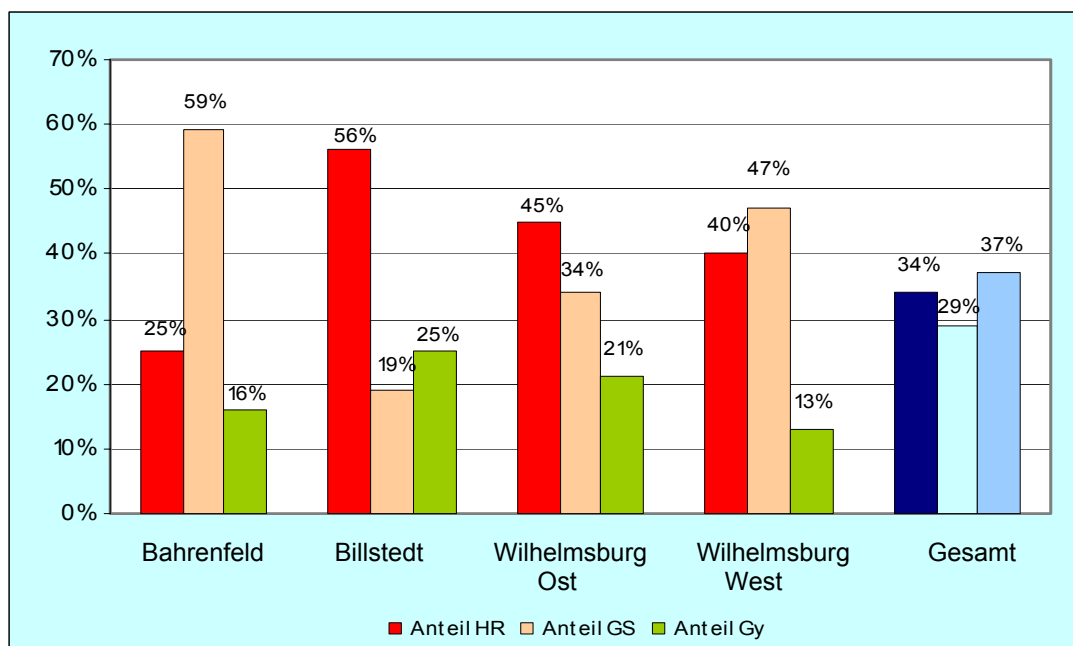


KESS 4: Soziale Lage und Lesekompetenz



Die Verteilung der Schüler und Schülerinnen auf die Schulformen in den sozial besonders benachteiligten Stadtteilen in Hamburg zeigt deutlich überdurchschnittliche Anteile bei den Haupt und Realschulen und noch deutlicher unterdurchschnittliche Anteile bei den Gymnasien.

Regionalanalysen: Verteilung auf die Schulformen



Die soziale Spaltung, die zwischen „reichen“ und „armen“ Stadtteilen existiert, lässt sich selbstverständlich nicht durch eine veränderte Schulstruktur auflösen. Die Daten machen aber deutlich, dass die Selektion in verschiedene Schularten diese soziale Spaltung noch verstärkt. So wandern Kinder von Eltern aus bildungsnahen Schichten z.B. aus Billstedt an Gymnasien in anderen Stadtteilen ab und übrig bleiben diejenigen in Billstedt, die solche Möglichkeiten nicht nutzen (können).

VI. Die zentralen Mängel der Zwei-Säulen

1.

Nirgendwo auf der Welt außer in Deutschland glauben die Verantwortlichen für Schule, dass es sinnvoll sei, bereits 10-jährige nach angeblicher Begabung am Ende des 4. Schuljahrs auf verschiedene Schulformen aufteilen zu können. **Diese Selektion nach Klasse vier ist ein zentrales Argument gegen die Zwei- Säulen-Modelle.** Obwohl der Selektionsdruck massive negative Auswirkungen schon auf die Arbeit in den Grundschulen hat, sind diese dennoch relativ erfolgreich, was die Förderung aller Kinder betrifft – auch das zeigen alle empirischen Untersuchungen.

2.

Das zweite Grundübel aller mehrgliedrigen Schulsysteme liegt darin, dass von bestimmten Begabungstypen ausgegangen wird. **Statt einen dynamischen Begabungsbegriff zugrunde zu legen, wie dies international schon längst der Standard ist (OECD, Uno), geht die Hamburger CDU von zwei Begabungstypen aus.** Wissenschaftsorientierte, eigenständig lernende 10-Jährige auf der einen, praxis- und handlungsorientierte Lerner auf der anderen Seite werden in die Zwei-Säulen verteilt. Dies ist ein Begabungsbegriff auf dem Stand der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Abgesehen von dieser antiquierten Vorstellung der unterschiedlichen Begabungstypen wird die Tatsache völlig ignoriert, dass die Verteilung auf die Schularten eben in erster Linie nach sozialer Herkunft erfolgt. Zur Verringerung dieses Problems trägt das Zwei- Säulen-Modell nichts bei. Das ist auch nicht erstaunlich, weil nicht einmal das Problem im Vorschlag der CDU auch nur in einem Halbsatz Erwähnung findet.

3.

Unter diesen Voraussetzungen schafft sich die CDU mit ihrem Modell selbst das Problem, wie die Abgrenzung, Trennung und Lenkung der „Schülerströme“ bewerkstelligt werden soll. Dies ist ein selbstgeschaffenes Problem, das in einer Schule für alle überhaupt nicht auftaucht.

4.

Neben den Zwei-Säulen gibt es (mindestens) eine dritte: Die Förder- und Sonderschulen, die nach dem CDU-Modell „zunächst“ erhalten bleiben sollen.

VII. Kritikpunkte im Einzelnen

- Ein kompetenzorientierter Test in Klasse 4 der Grundschulen soll die Grundlage für die Empfehlung der Schulform legen, die Entscheidung bleibt in der Verantwortung der Eltern. Damit ist die Gefahr verbunden, dass der Unterricht in der Grundschule sich nicht in erster Linie an den Lernvoraussetzungen und Förderbedürfnissen jeder einzelnen Schülerin orientiert, sondern an den Kompetenztests – insbesondere dann, wenn es nicht gelingt, beide Säulen des zukünftigen Schulsystems wirklich gleichwertig zu machen. (Dazu weiter unten)
Die Entscheidung für eine der beiden Säulen ist damit nicht endgültig getroffen. Ein Wechsel der Schulform ist bis zum Ende der Klassen 6 möglich.
- Die Stadtteilschule soll „differenzierte und innovative pädagogische Ansätze entwickeln und umsetzen, insbesondere zur individuellen Förderung eines jeden Kindes.“ Diese scheinbare Selbstverständlichkeit ist offenbar für die Gymnasien nicht vorgesehen.
- Sie soll in enger Kooperation mit der Wirtschaft eine frühzeitige Arbeits- und Berufsorientierung bieten und in der Oberstufe zusätzlich auf das Studium hin orientieren. Entgegen allen Erkenntnissen auch aus der Arbeitsmarkt- und

Berufsforschung wird dadurch, dass diese Orientierung nicht für das Gymnasium vorgesehen ist, die Trennung zwischen beruflicher Bildung und Arbeitswelt auf der einen, dem Hochschulstudium auf der anderen Seite festgeschrieben.

- Dass die CDU selbst nicht an die sog. Gleichwertigkeit beider Schulformen glaubt, wird bei der Regelung des Übergangs von der einen zur anderen Schulform deutlich. Nach Klasse 6 entscheidet die Schule über den weiteren Verbleib am Gymnasium. In dem CDU-Beschluss heißt es zwar: „*Ein Wechsel soll grundsätzlich nur bis zum Ende der Klasse 6 in jede Richtung möglich sein. Zum Ende der Klasse 6 treffen die Schulen die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn und übernehmen diesbezüglich eine besondere Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler*“. Aber: Ist damit gemeint, dass ein Übergang von der Stadtteilschule auf das Gymnasium ebenso gegen den Willen der Eltern entschieden wird wie der vom Gymnasium auf die Stadtteilschule? Wohl kaum.
- An dieser Regelung zeigt sich, dass Durchlässigkeit nur in eine Richtung funktioniert. Darüber hinaus werden mit dieser Regelung die Probleme unseres jetzigen Schulsystems noch verschärft. Der Selektionsdruck auf die Schülerinnen und Schüler wird jetzt ausschließlich auf die Jahrgänge 5 und 6 vorgezogen und damit massiv verschärft. Ein Abschulen vom Gymnasium war bisher in der gesamten SEK I möglich, das soll nun nur noch bis zum Ende der Klasse 6 gehen. Die Gymnasien werden also gezwungen sein, eine rigorose Auslese in 5 und 6 vorzunehmen, wenn sie verhindern wollen, dass ihre Vergleichsdaten im Rahmen der selbstverantworteten Schule in der Konkurrenz zu den übrigen Gymnasien sich verschlechtern, was Abschlüsse und Testleistungen betrifft.
- Gleichzeitig stehen sie unter einem Existenzdruck, weil zu viele Abschlüsse die Schülerzahlen so reduzieren, dass ihr Weiterbestehen in Frage gestellt ist. Wie sollen sich Gymnasien in dieser Zwickmühle verhalten – auch angesichts der Orientierung auf wissenschaftsorientiertes, eigenständiges, schnelles Lernen und der Absage an Förderkonzepte und Unterstützungssysteme? Auch wenn sie, wie der CDU-Beschluss feststellt: „*..von dem besonderen- auch zeitlichen –Anspruch dieser Schulform*“ wissen, wird ihnen das wenig helfen, wenn die Mittel an den Gymnasien fehlen.
- Auf der anderen Seite haben die „Rückläufer“ auf die Stadtteilschule zwei Jahre weniger handlungsorientiertes, arbeitswelt- und berufsorientiertes Lernen versäumt, was nur dann leicht kompensierbar wäre, wenn man gar nicht so sehr von der Gleichwertigkeit“ beider Lernformen überzeugt ist.
- Die völlige Begriffsverwirrung zwischen Handlungsorientierung (Stadtteilschule), eigenständigem Lernen (Gymnasium), Berufs- und Arbeitsorientierung (Stadtteilschule) und Wissenschaftsorientierung (Gymnasium) und deren Aufteilung auf die zwei Säulen und Begabungstypen zeigt, dass auch pädagogisch der Stand der Wissenschaft ignoriert wird. Längst ist hier Gemeingut, dass all das zu guter Schule gehört. Die Konstruktion, diese Methodik (?) auf zwei Begabungstypen zu verteilen, entspringt offensichtlich aus der Konstruktion, zwei Schularten zur Voraussetzung zu machen, und nicht umgekehrt.
- Das Ausklammern der Sonder- und Förderschulen ist in diesem Modell nur konsequent. Schon die Begrifflichkeit der Zwei- Säulen unter explizitem Ausschluss dieser Schularten ist diskriminierend und zeigt den Stellenwert, der ihnen von der CDU beigemessen wird. Der Gedanke, die Stadtteilschulen nicht noch zusätzlich mit den Förderschüler zu „belasten“, ist folgerichtig, wenn das System so konstruiert wird, dass die sozial, kulturell und wirtschaftlich Benachteiligten sich ohnehin in der Stadtteilschule konzentrieren. Entgegen der Rede von der Gleichwertigkeit sieht das die CDU offenbar so. Inklusion und Integration sind offensichtlich nur in einer Schule für alle möglich, in der jeder und jede individuell gefördert werden kann. Ad absurdum führt sich der Vorschlag von selbst, wenn er formuliert, dass die Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sich nicht erhöhen darf, „*die Aufnahme erfolgt ...künftig ... nach Prioritäten*.“ Das bedeutet im Klartext, die Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf richtet sich nicht nach diagnostischen

Erkenntnissen, sondern nach Kapazitäten. Damit aber ist dieses System generell in Frage gestellt. Auch wenn dahinter die (gute) Absicht steht, nicht wie z.B. in Sachsen das Zwei- Säulen –Modell durch massive Ausweitung der Förderschulen zu erkaufen, so bleibt eine Kontingentierung pädagogisch ebenfalls äußerst fragwürdig.

- Die Aufnahme der Aufbau- und der Berufliche Gymnasien in die Säule Stadtteilschule ist deshalb außerordentlich fragwürdig, weil sie die Trennung in die „höhere“ gymnasiale Bildung auf der einen, die berufliche auf der anderen Seite noch stärker akzentuiert, als das gegenwärtig bereits der Fall ist. Zum einen wird die Gemeinsamkeit zwischen der beruflichen Bildung im dualen System und in Vollzeitbildungsgängen, die an den Berufsschulen zum Abitur führen, zerstört, in dem der eine Bereich ausgelagert wird. Zum anderen stehen in Zukunft alle Bildungswege und –gänge, die nicht das 8-stufige traditionelle Gymnasium sind, diesen in einer Schulform gegenüber. Der Gedanke, berufliche Bildung und allgemeine Bildung in der SEK II miteinander zu verzahnen, indem Bildungsgänge gemeinsam unter einem Dach stattfinden, bestimmte Lerninhalte gemeinsam vermittelt werden und Berufsschullehrkräfte auch an allgemeinbildenden Schulen arbeiten (und umgekehrt), ist richtig. Nur in einem Zwei-Säulen- Modell bleibt die zentrale Schwachstelle, dass dies nur in dem einen Teil des Schulsystems stattfinden soll – ein selbst geschaffenes Problem.
- In Hamburg ist die Handelskammer schon seit längerem und mit der Schaffung des HIBB erfolgreich bemüht, die beruflichen Schulen aus dem Schulwesen insgesamt herauszubringen und unter eigene Regie zu bringen. Dabei kommt es der Handelskammer allein auf die duale Ausbildung an. Die Konzentration auf das „Kerngeschäft“, die duale Ausbildung, geht einen Schritt weiter, wenn die beruflichen Gymnasien aus dem Beruflichen Bildungswesen herausgebrochen wird. Die Gefahr ist real, dass die vollzeitschulischen Berufsfachschulen und die Berufsvorbereitung die nächsten sind, die folgen werden.

ANHANG

Dokument 1

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hamburg

Beschluss der Landesvertreterversammlung am 28. November 2005

Die GEW Hamburg lehnt den Vorschlag der CDU, das Hamburger Schulwesen zweigliedrig zu organisieren, entschieden ab.

Die Absicht der CDU, das Hamburger Schulwesen zweigliedrig zu organisieren, zielt offensichtlich auf die Abschaffung der Gesamtschulen ab. Um sozialer Auslese entgegenzuwirken und die Bildungschancen benachteiligter Kinder zu erhöhen, fordert die GEW in ihren bildungspolitischen Grundsätzen „eine Schule für alle“, in der die Kinder bis einschließlich der 10. Klasse gemeinsam lernen. Dieser Anspruch wird in Hamburg in der Sek. I nur von integrierten Gesamtschulen verwirklicht.

Die GEW wird deshalb alle Versuche, diese Schulform zu Gunsten eines zweigliedrigen Schulsystems abzuschaffen, entschieden bekämpfen. Sie tritt deshalb für den Erhalt und Ausbau der Gesamtschulen und ihrer Oberstufen ein. Um die Bildungschancen in diesem Bereich gerechter verteilen zu können, braucht sie eine ihrem pädagogischen Auftrag angemessene Ausstattung. Sie wird in Zusammenarbeit mit Eltern und Schülern zu Beginn 2006 eine Demonstration organisieren.

Begründung:

Auch eine zweigliedrige Schulstruktur beharrt auf der frühen Selektion der Schülerinnen und Schüler, die als eine der Hauptursachen für die ungleiche Verteilung der Bildungschancen in Deutschland gilt (vgl. Ergebnisse von PISA E, IGLU, siehe auch E&W 11/05). Durch die ungleiche Verteilung der Stunden zwischen Gymnasien und anderen Schulformen – ab 2007 soll der Realschulabschluss an Gymnasien bereits nach Klasse 9 vergeben werden – wird allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz die Durchlässigkeit nach oben weiter erschwert. Das Abitur nach 12 Jahren an Gymnasien verringert die Chancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten. Die GEW fordert daher den Erhalt und den Ausbau von Gesamtschuloberstufen, die weiterhin in 13 Schuljahren zum Abitur führen.

Mittlerweile melden über 1/3 der Hamburger Eltern ihre Kinder an einer Gesamtschule an, weil sie sie dem Selektionsdruck des gegliederten Schulwesens nicht unterwerfen wollen. Diesen Elternwillen missachtet der CDU-Vorschlag in eklatanter Weise. Die Erfolge in den Anmelderunden der letzten Jahre kamen dabei trotz der Kürzungspolitik des Senats, die die Gesamtschulbereich überproportional getroffen hat, zu Stande.

Ein gegliedertes Schulwesen hat den Focus auf Auslese und eben nicht Integration, weil es die Homogenität von Lerngruppen anstrebt. Es verlangt von den dort tätigen Lehrkräften die höchst zweifelhafte Einteilung nach gymnasialer Eignung etc. und zwingt dazu, schwächere oder schwächer erscheinende Schülerinnen und Schüler nach „unten“ abzugeben. Dies lehnt die GEW ab.

Die CDU war mit dem Konzept angetreten, die Hauptschulen zu stärken, um so das dreigliedrige Schulsystem zu zementieren. Dieses Konzept ist in der Praxis gescheitert.

Mit dem angestrebten „Zweisäulensystem“ wird ein gegliedertes Schulwesen für alle Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse verbindlich. Dabei besteht die Gefahr, dass die

Schulen der einen Säule – wie immer diese Schulform dann heißen mag – zu Reparaturbetrieben und sozialen Wellenbrechern der Gymnasien werden. Ein Schritt auf dem Weg zu der „einen Schule für alle“ ist ein zweigliedriges Schulsystem mit Sicherheit nicht.

Dokument 2

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hamburg

Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 24.04.2006

Zur Enquete-Kommission „Konsequenzen aus der neuen Pisa-Studie für Hamburgs Schulen“

Die GEW Hamburg begrüßt die Einsetzung der Enquete-Kommission und begleitet ihre Arbeit mit ihren eigenen bildungspolitischen Vorstellungen.

Einige Aufträge der Enquetekommission:

- Die Pisa-Risikogruppe senken
- Vielgliedrigkeit des Hamburger Schulsystems reduzieren
- Hebung des Bildungsniveaus in Hamburg
- Qualität von Schule verbessern- individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern als Standard durchsetzen
- Bildungsfinanzierung überprüfen

halten wir schon lange für zentrale Herausforderungen.

Die GEW Hamburg hält die Tatsache, dass Schulerfolg an Hamburgs Schulen ganz entscheidend von sozialer und ethnischer Herkunft der SchülerInnen abhängt, für einen Skandal.

Alle Maßnahmen müssen darauf gerichtet werden, hier zu konkreten Verbesserungen im Interesse der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern zu kommen.

Wir bekräftigen unsere Einschätzung, dass die positiven Erfahrungen aller integrativen Strukturen in Hamburgs Schulwesen zur Grundlage genommen werden müssen, um über die konsequente Unterstützung und den beschleunigten Ausbau dieser Strukturen zu **einer Schule für alle** zu gelangen.

Wir wissen, dass dies Grundvoraussetzungen sind, die durch weitere Veränderungen in Hamburgs Schul- und Bildungswesen begleitet sein müssen, wie z.B.

- die erhebliche Ausweitung der Ressourcen für die Bildungseinrichtungen, um individuelle Förderung in kleinen Lerngruppen zu ermöglichen
- die besondere Unterstützung von sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen
- die besondere Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund
- die besondere Unterstützung sozialer Brennpunkte.

Die GEW Hamburg wird die Arbeit der Enquete-Kommission und die öffentliche Debatte über das Hamburger Schulwesen mit diesen Vorstellungen kritisch begleiten. Wir werden uns energisch und mit aller Kraft gegen alle Tendenzen zur Wehr setzen, die die bestehenden selektiven Strukturen in unserem Schulwesen verfestigen oder gar ausbauen wollen. Insbesondere die Gefährdung des in Hamburg erreichten Standes integrativer Strukturen an Gesamtschulen und allen anderen Schulen wird auf unseren entschiedenen Widerstand treffen. Die GEW wird die Gründung einer Volksinitiative „Eine Schule für Alle“ prüfen. Wir werden – auch gegenüber den Mitgliedern der Enquetekommission - deutlich machen, wo wir den dringendsten Handlungsbedarf sehen.

Die GEW Hamburg wird diese Debatte zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit in der nächsten Zeit machen. Wir werden mit eigenen Veranstaltungen –unter Einbeziehung von Bündnispartnern, die ähnliche Ziele verfolgen – noch in diesem Jahr die inhaltliche Diskussion um „Eine Schule für alle in Hamburg“ voranbringen und konkrete Schritte, die aus unserer Sicht dafür möglich und nötig sind, erarbeiten. Dies wird auch unsere eigene Programmdiskussion voranbringen.

Dokument 3

Beschluss der LVV der GEW Hamburg am 27.11.2006

- Die GEW lehnt das von der CDU/ Schulsenatorin ins Gespräch gebrachte Zweisäulenmodell ab. Sie sieht hierin den Versuch, das gegliederte Schulwesen in Hamburg zu festigen und die Gesamtschulen abzuschaffen.
- Die GEW tritt entschieden für den Erhalt und Ausbau der Gesamtschulen mit eigenen Oberstufen ein. Sie wird sich gegen alle Versuche zur Wehr setzen, die bestehenden Gesamtschulen in Hamburg zu Gunsten eines Zweisäulenmodells abzuschaffen. Dies würde bedeuten, den bereits erreichten Grad der Integration in Hamburg zurückzudrängen. Eine wie auch immer geartete Gleichwertigkeit der Säulen kann es nicht geben. Die GEW fordert die Rücknahme der gesamtschulspezifischen Kürzungen (Abbau der Koordinationsstunden Abbau von Teilungsstunden etc.) und befürwortet die Weiterentwicklung der Gesamtschulen, z.B. die Versuche, die äußere Differenzierung aufzuheben.
- Die GEW setzt sich im Rahmen der Diskussion über die zukünftige Schulstruktur in Hamburg nachdrücklich für die flächendeckende Einführung einer Schule ein, in der alle Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Sek. I gemeinsam unterrichtet werden.
- Um die Diskussion voranzubringen, wird die GEW folgende Schritte unternehmen:
 - Gew-intern wird die Umsetzung von mehr Integration zu einem ständigen Thema gemacht.
 - Sie startet gemeinsam mit Eltern- und Schülerorganisationen eine Offensive für mehr Integration.
 - Sie initiiert, wo immer möglich, regionale Konferenzen zur Schulentwicklung

Begründung:

Die Situation, in der die CDU mit ihrem „Zweisäulenmodell“ an die Öffentlichkeit tritt, ist dadurch gekennzeichnet, dass große Teile ihres Bildungspolitischen „Konzepts“ gescheitert sind:

- ❖ Die Politik der „Stärkung der Hauptschule“ führte ausweislich der Anmeldezahlen nicht zum gewünschten Ergebnis. Die Problematik dieser Schulform wird in der Öffentlichkeit zunehmend wahrgenommen und kommt in diversen Testergebnissen deutlich zum Ausdruck.
- ❖ Entgegen den Hoffnungen der CDU und trotz der verordneten Sondersparrunden für diese Schulform ist die Position der Gesamtschulen in Hamburg nach wie vor stark. Die Anmeldezahlen sind leicht steigend bis konstant, verschiedene Testergebnisse weisen relativ hohe Lernfortschritte in dieser Schulform nach. Bei gleichzeitigem

Rückgang der Anmeldungen zu Haupt- und Realschulen gibt es so einen Trend zu einem Schulsystem, das im Wesentlichen aus den von der CDU ungeliebten Gesamtschulen und Gymnasien besteht.

- ❖ Die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren führte mit der damit verbundene Komprimierung der Pflichtstunden und der daraus folgenden Einführung von „Pseudoganztagsschulen“ auch in Elternkreisen, die der CDU eigentlich nahe stehen, zu großem Unmut. Viele Schülerinnen und Schülern können in dieser Schulform nicht mehr mithalten und müssen häufig sogar an Gesamtschulen wechseln. Die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten wird dabei zunehmend unerträglich. Trotz der z. T. recht heterogenen Schülerschaft fehlen die Mittel zu einer gezielten Förderung.
- ❖ Die verschiedenen Lau- und KESS-Untersuchungen weisen das Scheitern des gegliederten Schulwesens im Detail nach und setzen die Senatorin zunehmend unter Druck.
- ❖ Die Folgen der Sparpolitik werden an Beispielen wie der steigenden Klassenfrequenzen zunehmend einer breiten Öffentlichkeit deutlich.

Das als Reaktion darauf ins Spiel gebrachte Modell der „zwei Säulen“ soll der CDU aus der bildungspolitischen Defensive helfen und dem gegliederte Schulwesen und insbesondere der Selektion nach Klasse 4 eine Zukunft beschere. Dabei haben wir es nicht mit *einem einzigen* Modell der CDU zu tun, vielmehr werkeln die Akteure auf zum Teil konkurrierenden Baustellen und produzieren ständige Veränderungen.

Gleichwohl ist die gesamtschulfeindliche Komponente aller Vorschläge unübersehbar. Hierzu hat die GEW bereits auf der LVV im November 2005 deutlich Stellung genommen und festgestellt:

„Die Absicht der CDU, das Hamburger Schulwesen zweigliedrig zu organisieren, zielt nach Aussagen des CDU-Abgeordneten Heinemann (taz vom 11.11.05) auf die Abschaffung der Gesamtschulen als einer Schulform, in der Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen, ab. Dagegen fordert die GEW in ihren Bildungspolitischen Grundsätzen „Eine Schule für Alle“, in der die Kinder bis einschließlich der 10. Klasse gemeinsam lernen. Dieser Anspruch wird in Hamburg nur von integrierten Gesamtschulen verwirklicht. Die GEW wird deshalb alle Versuche diese Schulform zu Gunsten eines zweigliedrigen Schulsystems abzuschaffen entschieden bekämpfen.“

Im Rahmen der Schulstrukturdebatte gewinnt die Forderung nach einer Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Sek I gemeinsam unterrichtet werden immer mehr an Boden. Das gilt, wie die Tagung am 7.10. gezeigt hat, für Teile der Oppositionsparteien genauso wie für Eltern- und Schülerorganisationen.

Ein guter Ansatz, diese Diskussion offensiv zu führen, sind die Erfahrungen der bestehenden Gesamtschulen in Hamburg, in die nach der vierten Klasse mehr als 30% der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs übergehen. Gesamtschulen sind die Schulen, in denen bei allen Schwierigkeiten ein inklusives und auf individuelle Förderung gerichtetes Schulsystem bereits heute angestrebt und zu einem Teil verwirklicht wird, so weit es Bildungsbürokratie, die ständige „Umarmung“ durch das gegliederte Schulwesen und chronische Unterfinanzierung erlauben. Durchweg erzielen Gesamtschulen in Hamburg dabei höhere Lernzuwächse als die Schulen des gegliederten Schulsystems. Diese Schlussfolgerungen lassen - bei allen Vorbehalten gegen die Verfahren - Testergebnisse der KESS- und LAU-Tests zu, die in Hamburg seit Jahren erhoben werden. Ein starkes Argument ist dabei z.B. folgender Befund über die Gesamtschulen: „Wie ein „roter Faden“ ziehe sich durch die LAU-Studien die Erkenntnis, dass leistungsschwache Schüler von der Gegenwart leistungsstarker Schüler profitieren, während für diese kein Nachteil erkennbar wäre.“ (TAZ 21.1.2004) Eine ausführliche Auswertung des LAU 11 Test durch die GGG (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen) ist unter <http://www.ggg-hamburg.de/Inhalt/info2-2005LAU11.html> zu finden. Wichtig erscheint uns daran, dass die GEW nicht darauf verweisen muss, was besser werden könnte, wenn das gegliederte Schulwesens aufgegeben werden würde, sondern

damit argumentieren kann, was bereits heute unter den bekannten schlechten Bedingungen an Gesamtschulen besser gemacht wird.

GEW-intern muss die Schulstrukturdebatte in allen Fachgruppen geführt werden.

Dokument 4

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hamburg

Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 27. November 2006

Länger gemeinsam lernen – Hamburg braucht eine Schule für alle Kinder!

Die GEW Hamburg bekräftigt ihre Forderung nach einer Schule für alle in staatlicher Trägerschaft, im Sinne eines integrativen Schulsystems bis mindestens zum Abschluss der Sekundarstufe I und macht die Umsetzung dieser Forderung zu einem Schwerpunkt ihrer bildungspolitischen Arbeit.

Die GEW fordert als eine Gelingensbedingung eine angemessene Mittelzuweisung und die Abschaffung des AZM, das immer mehr PädagogInnen belastet.

Dazu gehört im Einzelnen:

- Anknüpfend an die Tagung am 7.10. (Hamburg braucht eine Schule für alle – welche Schritte gehen wir jetzt?) verstärkt die GEW die Zusammenarbeit mit allen Kräften in dieser Stadt, die das Ziel einer integrativen Schule für alle Kinder verfolgen.
- Gemeinsam mit Bündnispartnern aus Parteien, Lehrer,- Schüler- und Elternorganisationen, Gewerkschaften, WissenschaftlerInnen und anderen bildungspolitisch relevanten Bereichen werden wir in der Öffentlichkeit für dieses Ziel mit unseren Argumenten werben, um eine Mehrheit in Hamburg dafür zu erreichen.
- Hierzu unterstützt die GEW Hamburg die am 7.10. von den Veranstaltern der Tagung verabschiedete „Hamburger Erklärung“ und fordert alle Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb der GEW dazu auf, diese Erklärung zu unterzeichnen und für ihre Verbreitung zu sorgen.
- Die GEW Hamburg beteiligt sich an öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Kampagnen und Informationsoffensiven mit dem Ziel, Zustimmung in Hamburgs Bevölkerung für das Ziel einer Schule für alle zu erreichen.
- Sie hält das Instrument einer Volksinitiative für eine Schule für alle grundsätzlich für sinnvoll und setzt die Prüfung der Realisierbarkeit einer solchen Initiative gemeinsam mit Bündnispartnern fort.
- Innerhalb der GEW Hamburg wird die Debatte um die Ausgestaltung und die Wege zu einem integrativen Schulsystems unter Einbeziehung aller Fachgruppen mit Priorität in der geeigneten Form aufgenommen bzw. fortgeführt.
- Eine Schule, die individuell fördert, die auf Binnendifferenzierung, statt auf Aussortieren setzt und die ohne Sitzenbleiben und Abschulung auskommt, erfordert kleine Lerngruppen und gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte. Zu den guten Arbeitsbedingungen gehört die Abkehr von einer Schule der Konkurrenz und fragwürdiger Leistungsvergleiche: Keine selbstverwaltete Schule mit Budgetdruck. Diesen Zusammenhang wird die GEW als Bildungsgewerkschaft in der Diskussion um die Ausgestaltung eines integrativen Schulsystems immer wieder deutlich machen.

Begründung:

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen in Hamburg gleich gute Chancen auf eine bestmögliche Bildung und Ausbildung bekommen.

Wir wollen leistungsfähige Schulen, in denen alle Kinder eine an ihren Stärken und Schwächen orientierte Förderung erhalten.

Denn wir wissen: Nur dadurch haben alle Kinder und Jugendlichen später gute Chancen auf beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe.

Doch PISA und andere Studien zeigen uns deutlich: Von diesem Ziel sind wir meilenweit entfernt. Im internationalen Vergleich sind die schulischen Leistungen nur mittelmäßig.

Die „Risikogruppe“ derjenigen, die wegen mangelhafter Lernerfolge kaum Chancen auf ein selbstständiges Leben haben, ist in Hamburg erschreckend hoch.

Das ist nicht die Schuld der Kinder, sondern vor allem des Schulsystems: In keinem anderen Land ist der Schulerfolg der Kinder so abhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft ihrer Eltern. Kinder aus ärmeren Familien haben es oft schwerer und sie werden in der Schule nicht entsprechend gefördert – selbst wenn sie genauso gute Leistungen bringen. Frühe gemeinsame Förderung ist entscheidend für den späteren Schulerfolg.

Die Verteilung auf die Schulformen erfolgt eher nach sozialen Gründen als nach Leistung und Begabung. So werden Kindern Lebenschancen verweigert, Begabungen gehen verloren.

Für diese Misere gibt es eine Reihe von Gründen: Instabile Familienverhältnisse und unzureichende Deutschkenntnisse, mangelnde Unterrichtsqualität, Überforderung von Lehrerinnen und Lehrern, starre Strukturen in Schulen und Verwaltungen und eine viel zu geringe Ressourcenausstattung der Bildungseinrichtungen. Doch eine ganz entscheidende Ursache ist offensichtlich unser vielfach gegliedertes Schulsystem. In fast allen anderen Ländern gibt es das schon längst nicht mehr – schon gar nicht in den erfolgreichsten! Dort lernen die Kinder länger gemeinsam – und dadurch lernen alle mehr und besser!

Unser Schulsystem aus dem vorletzten Jahrhundert basiert auf früher Auslese statt auf Chancengleichheit durch individuelle Förderung.

Es gibt nicht drei oder vier Typen von Kindern – jedes Kind ist einzigartig in seinen Stärken und Schwächen, seinen Begabungen und Interessen. Manche sind schneller und starten früher durch, andere brauchen mehr Zeit und Hilfe. Wenn unterschiedliche Kinder zusammen kommen, lernen sie voneinander und gemeinsam mehr. Es geht um die Anerkennung von Unterschieden. In den erfolgreichen Ländern gibt es deshalb eine Schule, in der jedes Kind individuell gefördert wird, ohne Sortieren, Sitzenbleiben und Abschulen. Dafür werden die Lehrkräfte auch ausgebildet, motiviert und in ihrem Arbeitsumfeld gut ausgestattet.

Auch in Deutschland wächst die Unterstützung für eine grundlegende Reform des Schulwesens: bei Eltern und Lehrkräften, in Betrieben und Verbänden, in Wissenschaft und Politik.

Die Erfahrungen, die Hamburg in hohem Maß mit integrativen Schulen hat - vor allem mit Grundschulen und Gesamtschulen -, bieten eine gute Grundlage für unsere Vorstellungen einer Schule für alle Kinder.

Die Trennung der Schüler/innen nach Klasse vier, die Aufteilung in höhere und geringerwertige Bildungsgänge, die soziale Selektion in Schulformen ist nur aufzuheben, wenn alle Kinder und Jugendlichen in eine integrative Schule gehen.

Zu Recht macht die „Hamburger Erklärung“ darauf aufmerksam, dass die Misere des Deutschen Schulwesens nicht allein durch das gegliederte Schulwesen verursacht wird, sondern u. a. durch die zu geringe Ressourcenausstattung. Besonders dieser Zusammenhang muss von der GEW thematisiert werden, da er direkt die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaftsmitglieder betrifft. Eine gute Schule, in der alle Kinder in heterogenen Lerngruppen unterrichtet werden, in der individuelle Förderung stattfindet und die ohne das Aussortieren von Schülerinnen und Schülern in unterschiedliche Niveaus

auskommt, kann nicht mit großen Lerngruppen und überlasteten Lehrerinnen und Lehrern gemacht werden. Eine solche Schule würde von Eltern, Schülern und Lehrkräften als unattraktiv angesehen. Die Reform würde Stückwerk bleiben.

Dokument 5

CDU- Arbeitsgruppe Schulstruktur, Robert Heinemann, 10.1.2007

Von der Bildungswende zur Schulstrukturreform: Zwei Wege für Hamburg – die Stadtteilschule als historische Chance

1. Historie

Jahrzehnte währt in Deutschland der Streit um die Schulstruktur, ob die Gesamtschule oder das dreigliedrige Schulsystem besser sei. Ihren Ursprung findet die Diskussion schon im 19. Jahrhundert – die Argumente dürften also inzwischen ausgetauscht sein. Bleibt die Frage, weshalb sich dieser Streit so lange halten konnte. Hierfür gibt es vermutlich mehrere Gründe:

Zum einen wurde die Schule lange Zeit als ein Vehikel angesehen, um gesellschaftliche Änderungen durchzusetzen. Zum anderen hatten beide Seiten mit ihrer jeweiligen Kritik am anderen System nicht ganz Unrecht:

Das dreigliedrige Schulsystem hat die Schulen in Städten mit hoher Schuldichte in der Vergangenheit zu sehr aus der Verantwortung für ihre Schüler entlassen.¹ Darüber hinaus erhöht – gerade in Bundesländern mit Gesamtschulen als zusätzlicher Schulform – „eine zunehmende schulstrukturelle Differenzierung ... intentionswidrig das Risiko, dass an einzelnen Schulen Lern- und Entwicklungsmilieus entstehen, die zu einer kumulativen Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern führen“ (PISA-Forscher Professor Jürgen Baumert).

Die Gesamtschule von heute kann hingegen mit ihren Leistungen an vielen Standorten nicht überzeugen und den selbst gestellten Anforderungen an individuelle Förderung zu oft nicht gerecht werden, was sich auch in einer hohen Schulabbrecherquote zeigt.

Die wachsende Zahl empirischer Studien vergrößerte zwar die Menge der verfügbaren Daten, machte aber eine Entscheidung zwischen den beiden Alternativen nicht einfacher. Im Gegenteil: Beide Seiten suchten sich jeweils die Daten aus den Ergebnissen heraus, die am besten zur eigenen Meinung passten. Und das trotz der Warnungen der Bildungsforscher, die darauf hinwiesen, dass keine der Studien die Zusammenhänge zwischen Schulstruktur und Schulleistung zum Untersuchungsgegenstand hatte.

Die CDU hat eine grundlegende Änderung der Schulstruktur und auch bereits eine Diskussion darüber in Hamburg daher lange Zeit abgelehnt. Die Ergebnisse waren nicht eindeutig genug und die Gefahren zu groß: Allzu oft hatte man nur über die Schulstruktur diskutiert und dabei den großen Reformbedarf an vielen anderen Stellen im Schulwesen vergessen oder verdrängt. Allen Kennern von Schule war und ist zudem klar, dass durch eine Änderung von Schulstrukturen die Schülerinnen und Schüler nicht automatisch eine bessere Bildung erhalten und sich auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nicht mit vermeintlichen Patentrezepten abbauen lässt. Dies gilt auch heute noch.

¹ So wechselten im Schuljahr 2003/2004 nur 207 Schüler nach der Beobachtungsstufe vom Gymnasium in die Realschule, aber noch 448 in den Jahrgängen 7 bis 10. Ebenso wechselten im selben Schuljahr 202 Schüler noch in den Jahrgängen 7 bis 10 von der Realschule auf die Hauptschule. Hinzugerechnet werden müssten noch die 328 Schüler, die in den Jahrgängen 7 bis 10 von einem Gymnasium oder einer Realschule auf eine integrierte Gesamtschule wechselten. In den Gymnasien waren von 6.193 Siebtklässlern aus dem Jahrgang 2002/2003 im Jahr 2004/2005 (9. Klasse) nur noch 5.700 übrig (ohne Berücksichtigung von Wohnortwechseln etc., Drs. 18/2543).

2. Bildungswende und Anmeldezahlen führen zu neuen Überlegungen

2005 entstanden auf Anregung von Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig in der Hamburger CDU dennoch Überlegungen zu einer Veränderung der Schulstruktur. Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend:

Zum einen hatte die CDU die notwendigen Reformprozesse im Hamburger Schulsystem im Rahmen einer umfassenden „Bildungswende“² angeschoben. Durch die inzwischen breit anerkannte klare Orientierung an Zielen und Leistungen sowie die Erhöhung der Selbstverantwortung der Schulen konnte Ideologie vielfach durch Empirie ersetzt werden. Standards, die regelmäßige und landesweit einheitliche Überprüfung ihrer Erreichung sowie das Rahmenkonzept für Schulqualität samt der Einführung der Schulinspektion stellen zugleich sicher, dass Schulen unabhängig von ihrer Organisationsform besser miteinander verglichen werden können.

Zum anderen schafft das Elternwahlrecht Fakten: Immer weniger Eltern melden ihre Kinder an den Haupt- und Realschulen an, immer mehr Standorten droht mittelfristig die Schließung. Davon profitieren nicht etwa die Gesamtschulen, sondern die Gymnasien, die inzwischen von der Hälfte aller Fünftklässler besucht werden. Mittelfristig ist daher zu erwarten, dass die Hälfte der Hamburger Schülerinnen und Schüler eine Schulform – nämlich das Gymnasium – besucht, die andere Hälfte verteilt sich auf eine Vielzahl weiterer Schulformen: Haupt- und Realschulen, Integrierte Haupt- und Realschulen, Integrierte Gesamtschulen, Kooperative Gesamtschulen, siebenstufige und Aufbaugymnasien, Sonderschulen sowie anschließende berufliche Gymnasien. Ein flächendeckendes Angebot aller vorhandenen Schulformen ist damit selbst in einem Stadtstaat nicht mehr möglich. Bei der Präsentation der PISA-Ergebnisse im Herbst 2005 äußerten die Forscher in Berlin darüber hinaus begründete Zweifel, ob ein so zersplittertes Schulsystem langfristig wirklich erfolgreich sein könne.

3. Eckpunkt-Ideen eines zweigliedrigen Schulsystems

Eine denkbare Alternative für Hamburg ist die Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems. Aufbauend auf den unterschiedlichen Lernzugängen von Schülern sollten beide Schulformen bis zum Abitur führen können. Die Idee der zwei Wege ist für Hamburg keine Revolution: Schon seit Jahrzehnten gibt es hier – anders als in anderen Bundesländern – gemeinsame Haupt- und Realschulen mit einer gemeinsamen Beobachtungsstufe. Immerhin die Hälfte aller Realschulabsolventen besucht anschließend ein Aufbaugymnasium oder ein berufliches Gymnasium. Zudem kommen nur zwei Drittel der Abiturienten aus dem „klassischen“ neunstufigen Gymnasium.

Umfangreichere Erfahrungen konnten bereits in Sachsen und Thüringen gesammelt werden. Beide Bundesländer hatten sich nach der Wende für ein zweigliedriges Schulsystem entschieden und bei PISA hervorragende Ergebnisse erzielt. Dabei ist es offenbar in beiden Bundesländern gelungen, eine Schulstruktur zu entwickeln, die nicht nur ein hohes Leistungsniveau sicher stellt, sondern zugleich auch eine hohe Chancengerechtigkeit aufweist. Auf Vorschlag der CDU-Bürgerschaftsfraktion hat sich der Schulausschuss daher im Juni 2006 vor Ort informiert. Dabei wurde deutlich: Die Forderung nach einem zweigliedrigen Schulsystem ist richtig, Hamburg sollte aber das Konzept modifizieren, um zwei wirklich gleichwertige Schulformen, nämlich Gymnasium und Stadtteilschule zu

² Einführung zentraler Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen, Schaffung einer Schulinspektion, Einführung einer Viereinhalbjährigen-Untersuchung mit anschließender verpflichtender Sprachförderung, mehr Eigenverantwortung für alle Schulen bei klarer Ergebnissicherung durch den Staat, u.a. durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen, mehr Informationsrechte und Transparenz für Schüler und Eltern, Reform der Lehrerbildung, Einführung einer verpflichtenden Fortbildung für Lehrer, über hundert neue Bildungspläne, Verdoppelung der Ganztagschulen, insbesondere in sozialen Brennpunkten, Reduzierung der Klassenfrequenzen in den Grundschulen in sozialen Brennpunkten, Reduzierung des Unterrichtsausfalls usw.

schaffen und einzelne beobachtete Fehlentwicklungen – wie ein Anwachsen der Zahl der Sonderschüler – zu vermeiden. Für Hamburg bietet ein derartiges Konzept zahlreiche Vorteile:

- Die Schulformwahl ist nicht mehr vom Wohnort abhängig. Beide Schulformen werden flächendeckend angeboten.
- Die Schulformwahl nach Klasse 4 ist noch weniger als heute eine Entscheidung über den angestrebten Schulabschluss. Alle Schülerinnen und Schüler haben in beiden Schulformen die Möglichkeit eines direkten Weges zum Abitur. Die Durchlässigkeit innerhalb der Stadtteilschule ist systemimmanent, Spätentwickler brauchen nicht mehr die Schule zu wechseln.
- Für alle Schülerinnen und Schüler, die in die Gymnasiale Oberstufe eintreten, gibt es wohnortnahe Angebote.
- Die klare Profilierung der beiden Schulformen nach inhaltlicher Ausrichtung und Lerntempo sowie mit eigenen Bildungsplänen vermeidet ein Nebeneinander vergleichbarer Angebote und erhöht die Übersichtlichkeit für Eltern und Schüler.
- Die Stadtteilschulen können unabhängiger von strukturellen Vorgaben der Bildungsbehörde individueller auf die eigene Schülerklientel eingehen und dabei in Form einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des in der eigenen Schule bislang Erreichten von den Stärken, Konzepten und Erfahrungen der jeweils anderen Schulformen profitieren.
- Die Gymnasien als beliebteste und anerkannte Schulform bleiben erhalten, übernehmen aber eine größere Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler und betonen ihren Leistungsanspruch künftig noch stärker.
- Nachteile „abrupter Traditionsbrüche“ (Baumert) können durch diese langfristig orientierte Vorgehensweise vermieden werden.

Folgende Eckpunkte sollten aus Sicht der CDU dabei den Rahmen für die anstehenden Diskussionen in der Enquete-Kommission bilden:

1. Durch die Einführung eines neu zu entwickelnden kompetenzorientierten Tests in Klasse 4 soll die Empfehlung wissenschaftlich fundiert und sollen die in zahlreichen Untersuchungen (LAU, KESS) nachgewiesenen Potentiale entdeckt werden, um die Prognostik weiter zu verbessern. Nach einem Beratungsgespräch entscheiden die Eltern auf Grundlage der Grundschulempfehlung auch in Zukunft eigenverantwortlich über die künftige Schulform für ihr Kind ab Klasse 5.
2. Alle Haupt- und Realschulen, integrierten Haupt- und Realschulen, integrierten Gesamtschulen und kooperativen Gesamtschulen werden bis Sommer 2010 zusammen mit Aufbaugymnasien und Beruflichen Gymnasien zu „Stadtteilschulen“. Die konkrete Ausgestaltung wird dabei regional sehr unterschiedlich sein.
3. Die Stadtteilschule soll auf Grundlage der Stärken und Erfahrungen der bisherigen Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gesamtschule, Aufbaugymnasium, Berufliches Gymnasium) differenzierte und innovative pädagogische Ansätze entwickeln und diese umsetzen, insbesondere zur individuellen Förderung eines jeden Kindes. Sie ist offen für alle Schulabschlüsse je nach Begabungsentwicklung. Dabei bietet die Stadtteilschule mehr Zeit zum Lernen als das Gymnasium. Das handlungsorientierte Lernen steht im Mittelpunkt beim Erwerb der fachlichen, methodischen, sozialen und personalen Kompetenzen. Als angestrebtem Mittelpunkt für Kinder und Jugendliche in ihrem Einzugsbereich kommt der Stadtteilschule eine besonders hohe Verantwortung auch über den Bildungsauftrag hinaus zu.
4. Die Stadtteilschule soll in enger Kooperation mit der Wirtschaft eine frühzeitige (Sekundarstufe I) Arbeits- und Berufsorientierung anbieten, in der Oberstufe orientiert sie zusätzlich auch auf das Studium hin. Sie bietet dabei folgende Bildungsabschlüsse an:
 - Den ersten Bildungsabschluss (mit dem Angebot eines „qualifizierten“ ersten Bildungsabschlusses nach 10 Jahren, dabei sind die letzten beiden Schuljahre für

- den ersten Bildungsabschluss sehr praxisorientiert zu gestalten und Elemente der Berufsvorbereitung zu integrieren),
- den mittleren Bildungsabschluss,
 - die (vollwertige) Fachhochschulreife (mit Praxisanteil)
 - und die Hochschulreife (nach 13 Jahren). Die Stadtteilschule führt zu diesem Zweck entweder eine eigene Oberstufe oder beteiligt sich z.B. nach dem Vorbild des „Eimsbüttler Modells“³ zusammen mit anderen Stadtteilschulen an einer gemeinsamen Oberstufe.
5. In Konsequenz der im Sommer 2006 eingeführten „Selbstverantworteten Schule“ soll die in der Regel mindestens dreizügige Stadtteilschule verpflichtet werden, im Rahmen der KMK-Regelungen eigene Formen der Differenzierung zu entwickeln, so dass jede Schule auf ihre Schülerklientel optimal eingehen kann. Zur Förderung von Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten haben, den ersten Bildungsabschluss erfolgreich zu absolvieren, nutzt die Stadtteilschule die in und für Hauptschulklassen entwickelten Maßnahmen (z.B. Praxistage, Präsentationsprüfungen,...). Besonders begabte Schüler fördert die Stadtteilschule durch geeignete Konzepte, wie sie in der Drucksache 18/4064 beschrieben werden.
 6. In der Sekundarstufe II der Stadtteilschulen sollen ausgebildete Gymnasiallehrer und Lehrer der beruflichen Bildung unterrichten. Für die Sekundarstufe I wird ein Regelmaß von etwa einem Drittel Gymnasiallehrer / Lehrer aus der beruflichen Bildung (insbesondere für die Kernfächer und nach Bedarf der Schule) angestrebt. Gymnasiallehrer sollten während ihrer Laufbahn an beiden Schulformen unterrichten.
 7. Das Gymnasium wendet sich in Abgrenzung zur Stadtteilschule an Schülerinnen und Schüler, die nach der 4. Klasse erkennbar den schnelleren Weg zur Hochschulreife in 8 Jahren anstreben können und wollen. Wissenschaftsorientiertes, eigenständiges Lernen steht im Mittelpunkt. Eltern, Lehrer und Schüler der Gymnasien wissen von dem besonderen – auch zeitlichen – Anspruch dieser Schulform. Zur Vorbereitung auf internationale Studiengänge sind insbesondere in der Sekundarstufe II zudem die bilingualen Angebote auszubauen.
 8. Vergleichsarbeiten und zentrale Abschlussprüfungen sichern die Gleichwertigkeit der Abschlüsse.
 9. Die Klassenfrequenzen in den Stadtteilschulen sollen – bedingt durch das Angebot aller Schulabschlüsse – in der Sekundarstufe I wie bisher deutlich unter den Klassenfrequenzen der Gymnasien liegen.
 10. Ein Wechsel zwischen Stadtteilschule und Gymnasium soll grundsätzlich nur bis zum Ende der Klasse 6 in jede Richtung vorgesehen sein. Zum Ende der Klasse 6 treffen die Schulen die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn und übernehmen diesbezüglich eine besondere Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler.
 11. Die Verantwortung beider Schulformen für ihre Schülerinnen und Schüler wird zudem durch eine Reduzierung der Zahl der Wiederholungen erhöht. Wiederholer sind zu diesem Zweck künftig aus den Berechnungen zur Versorgung der Schulen auszunehmen. Stattdessen ist schrittweise auf Grundlage geeigneter Kennzahlen eine ressourcenneutrale Neuverteilung der Mittel vorzunehmen. Ziel ist, für die Schulen einen Anreiz zu schaffen, den Anteil an Wiederholern zu reduzieren und ihnen gleichzeitig Mittel für den hierfür notwendigen Förderunterricht zur Verfügung zu stellen.
 12. Die Leitungsstruktur von Stadtteilschule und Gymnasium soll sich ausschließlich nach der Größe richten. Die Besoldung der Leitungen soll schulformunabhängig sein.
 13. Das Verhältnis der Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und sozial-emotionale Entwicklung, die in Sonderschulen und bei REBUS beschult werden, soll sich zur Gesamtschülerzahl nicht erhöhen. Die Aufnahme erfolgt künftig bei Ausschöpfung der bewusst begrenzten Kapazitäten entsprechend der Diagnose nach Prioritäten.
 14. Der Transformationsprozess ist extern zu begleiten und zu evaluieren.

³ Das Eimsbütteler Modell ist die gemeinsame Oberstufe des Helene-Lange-Gymnasiums mit dem Kaiser-Friedrich-Ufer-Gymnasium. Es ist in einem eigenen Oberstufenhaus untergebracht (ehem. Bismarck-Gymnasium). Fast der gesamte Unterricht wird auch dort erteilt.

Nach dem Beschluss einer Schulstrukturreform ist wegen der grundlegenden Änderungen ein neuer Schulentwicklungsplan erforderlich. Dabei sollen in regionalen „Runden Tischen“ mit Bezirksversammlungen, Kreiselternräten, Kreisschülerräten, Schulleitungen, Schulaufsicht etc. gemeinsame Lösungen erarbeitet werden.

Aufgrund des Umfangs der geplanten Reform soll auf eine ergänzende Reform des Schulwesens für Kinder mit einem sonderpädagogischem Förderbedarf zunächst verzichtet werden. Hier gilt es insbesondere, den Schulversuch zu den Integrativen Förderzentren abzuwarten.

4. Historische Einigung ist möglich

Zahlreiche namhafte Persönlichkeiten und Institutionen unterstützen die Idee eines zweigliedrigen Schulsystems in Hamburg. Hierzu zählen etwa die Handwerkskammer, die Wissenschaftler Professor Reiner Lehberger, Professor Matthias Rath, Professor Klaus Hurrelmann, Professor Klaus Klemm und Professor Wilfried Bos, der ehemalige GEW-Bundesvorsitzende Dr. Dieter Wunder, der langjährige Leiter des renommierten Internates Schloss Salem, Dr. Bernhard Bueb, und viele andere. Auch in der Hamburger SPD haben sich namhafte Persönlichkeiten aufgeschlossen für die Idee eines „historischen Kompromisses“ gezeigt.

Der Vorschlag der Hamburger CDU könnte daher den jahrzehntelangen Schulstrukturstreit beenden und einen pragmatischen neuen Weg aufzeigen. In zahlreichen Bundesländern wird mit großem Interesse verfolgt, ob Hamburg als erstes westdeutsches Bundesland in dieser Frage zu einer Einigung kommt.

5. Zeitplan

- 10.01.07 Abschließende Sitzung „CDU-Arbeitsgruppe Schulstruktur“ mit CDU-Landesfachausschuss Bildung, AG Schule der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Abgeordneten, CDU-Vertretern in der Enquete-Kommission ✓
- 13.01.07 Erste Gespräche zur Schulstruktur in der Enquete-Kommission
- 15.01.07 Verabschiedung eines Eckpunkte-Papiers in der CDU-Fraktion
- 20.02.07 Verabschiedung eines Eckpunkte-Papiers im CDU-Landesausschuss
- 24./25.02.07 Verabschiedung von Eckpunkten in der Enquete-Kommission

Hamburg, 10. Januar 2007

Für die CDU-Arbeitsgruppe Schulstruktur:
Robert Heinemann

Dokument 6

5. Februar 2007

SPD Gruppe der Enquete-Kommission

„Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“

Prof. Dr. Reiner Lehberger, Sabine Schlüter, Dr. Dieter Wunder,

Prof. Dr. Barbara Brüning, Britta Ernst, Gerhard Lein,

Wilfried Buss, Luisa Fiedler

Teilthema V: Vielgliedrigkeit reduzieren - länger gemeinsam Lernen

Schulpolitik umsteuern – Perspektive: Stadtteilschule für alle

Empfehlung der SPD Gruppe der Enquete-Kommission zu:

- 1. Transformationsprozess der Schulen – Schritte der Strukturveränderung – in Schulaufsicht und Schulentwicklung regionalisieren**
- 2. Auf dem Weg zur Schule für alle – verschiedene Wege zum Abitur**
- 3. Die Stadtteilschule als Schule für alle**
- 4. Gymnasien müssen sich verändern**
- 5. Der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe**
- 6. Gestaltung der Oberstufe**
- 7. Ausbau der Integration von Kindern mit Behinderung – schrittweise Auflösung der Förder- und Sprachheilschulen**

Schulpolitik umsteuern – Perspektive: Stadtteilschule für alle

Leistungsorientierung und Chancengleichheit durch integrierte Schulen miteinander verbinden – Schule für Alle

Das Hamburger Schulsystem bietet Kindern heute weder Chancengleichheit noch ist es leistungsorientiert. Es fördert weder die Schwachen noch die Starken gut genug. Die Idee des dreigliedrigen Schulsystems beruht auf dem Grundgedanken, dass man Kinder in die richtige Schulform oder den richtigen Zweig einer Schulform einsortieren muss, um sie angemessen fördern zu können. Jede besondere pädagogische Herausforderung, die mit den herkömmlichen Unterrichtsformen nicht bewältigt werden kann, scheint eine weitere Ausdifferenzierung des Schulsystems – also eine weitere Schulform oder den weiteren Zweig einer Schulform – zu erzwingen (siehe Praxisklassen oder Begabtenzüge).

Die Annahme, eine optimale Förderung der Schülerinnen und Schüler durch Ausdifferenzierung der Schulstruktur zu sichern, ist falsch. Sie geht davon aus, dass der sichtbare Leistungsstand eines Kindes zu einem bestimmten Zeitpunkt ebenso sicher erfasst werden kann, wie eine Prognose erstellt werden könnte, über welche Leistungspotentiale dasselbe Kind zukünftig verfügen wird.

Eine in dieser Weise tradierte „Förderpraxis“ verschiebt die Wahrnehmung der pädagogischen Handlungs- und Fördermöglichkeiten. Der Weg der individuellen Förderung eines Kindes tritt in den Hintergrund, stattdessen dominiert die Wahrnehmung, dieses Kind sei in dieser Klasse oder sogar an dieser Schule falsch. Damit entsteht eine schulische Kultur der Verantwortungslosigkeit für den Bildungsweg des einzelnen Kindes und Jugendlichen. Es wird übersehen, dass sich – je nach Lebenslage – bei Kindern die Fähigkeit und Bereitschaft zu lernen und Leistung zu erbringen, ändern. Sie können beflügelt werden oder auch gebremst, sie können – besonders in der Pubertät – an Bedeutung verlieren und später wieder gewinnen.

Auch durch die Forschung ist die bisherige Praxis der Aufteilung der Kinder nach Klasse 4 in die Kritik geraten. Man kann bei 10jährigen Kindern nicht wissen, welchen Weg sie einmal gehen werden und gehen können. Schulexperten gehen davon aus, dass die Grundschulempfehlungen den weiteren schulischen Erfolg ebenso gut oder schlecht prognostizieren wie die alleinige Entscheidung der Eltern. Grundschulempfehlungen sind unzuverlässig und viele Eltern trauen diesem Instrument zu Recht nicht. Auch das Sitzenbleiben schadet der Qualität des Schulsystems. Wer Sitzenbleiben akzeptiert, verhindert individuelle Förderung aller Kinder als Leitbild des Schulsystems.

Das Hamburger Schulsystem braucht einen tiefgehenden Wandel seiner Förderkultur. Jede Schule muss die Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Alle Schulen eines Stadtteils müssen sich in gemeinsamer Verantwortung für die Bildung der Kinder ihres Stadtteils sehen und entsprechend zusammen arbeiten.

Hamburgs Hauptschule hat keine Zukunft

Die Krise des vielgliedrigen Schulsystems zeigt sich am deutlichsten bei der schwindenden Akzeptanz der Hauptschulen. Überproportional viele Schülerinnen und Schülern der Hamburger Hauptschulzweige bzw. Hauptschulen wurden von der Einschulung zurück gestellt, sind mindestens einmal sitzen geblieben oder wurden von anderen Schulen abgeschult. Negative Schulerfahrungen und schlechte Zukunftsaussichten von Schülerinnen und Schülern mit Hauptschulabschluss prägen das Schulklima und demotivieren sie schon ab der 7. Klassenstufe.

Nur noch ca. 10% aller Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs 7 besuchen in Hamburg einen Hauptschulzweig bzw. eine Hauptschule. Der Trend, nach der Grundschule die Beobachtungsstufe der Haupt- und Realschulen zu meiden, wird seine Fortsetzung finden. Kein Verantwortlicher darf weiter dabei zusehen, wie die Hauptschule bzw. die Hauptschulzweige als Restschule wahrgenommen werden und sich auf ihre Schülerinnen und Schüler das Gefühl überträgt, überflüssig zu sein. Gleichzeitig eröffnet ein Hauptschulabschluss in der Metropol-Region Hamburg kaum mehr die Perspektive auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Bei einem weiteren Rückgang der Anzahl der Schülerinnen und Schüler der Beobachtungsstufe der HR-Schulen wird ein Teil dieser Schulen absehbar den Unterrichtsbetrieb nicht mehr angemessen aufrechterhalten können. Ein „unkontrolliertes Schulsterben“ der HR-Schulen würde die Stigmatisierung der betroffenen Schülerschaft und ihr Gefühl verstärken, ohne Zukunftschancen zu sein. Wertvolle pädagogische Kompetenzen der Hauptschulen, z.B. im Bereich der Berufsvorbereitung und der Förderung von sog. Risikoschülerinnen und Risikoschülern, würden zerschlagen. Ein solches Schulsterben ist keinem der Beteiligten, weder Schülerinnen und Schülern noch Eltern und Lehrkräften, zuzumuten.

Hamburgs Schulsystem ist nicht transparent

Neben den Integrierten Gesamtschulen, Gymnasien und Haupt- und Realschulen, die nach der Beobachtungsstufe in den Klassenstufen 5 und 6 getrennte Haupt- und Realschulzweige führen, gibt es in Hamburg noch die Kooperative Gesamtschule, die ebenfalls ab Klassenstufe 7 getrennte Haupt-, Realschul- und Gymnasialzweige führt, die Integrierte Haupt- und Realschule, die die Schülerinnen und Schüler nach der Beobachtungsphase weitgehend integriert beschult sowie drei verschiedene Formen der Aufbaugymnasien, die die Schülerinnen und Schüler nach Klassenstufe 6 oder 8 oder 10 aufnehmen. Darüber hinaus existieren zahlreiche Förder- und Sprachheilschulen sowie spezielle Sonderschulen für spezifische Formen der Behinderung. Schon wegen dieser Unübersichtlichkeit ist eine deutliche Reduzierung der Schulformen notwendig.

Dringender Handlungsdruck ergibt sich aber vor allem aus den negativen sozialen und pädagogischen Folgen des Hamburger Schulsystems.

Es fördert

- a. die soziale Entmischung in den Schulen,
- b. eine Mentalität des Abschiebens und Weiterreichens der Verantwortung für Kinder, mit denen die Schule meint, nicht zurecht kommen zu können,
- c. eine falsch verstandene Konkurrenz benachbarter Schulen untereinander und
- d. die soziale Benachteiligung eines erheblichen Teils der Schülerschaft.

Nicht zuletzt verhindert das jetzige Schulsystem die gemeinsame Wahrnehmung der Verantwortung für die bestmögliche Förderung aller Kinder.

Die Suche nach der „richtigen“ Antwort bei der notwendigen Veränderung der Schulstruktur

Viele Jahre lang wurde intensiv darum gerungen, welche Schulstruktur bessere Bedingungen bietet, um soziale Ungleichheit kompensieren und alle Kinder optimal fördern zu können. Die politischen Bewertungen der Situation gingen weit auseinander, beharrlich wurden konträre Positionen erfolglos ausgetauscht, ohne empirisch untermauert zu sein. Die „empirische Wende“ hat alle Akteure dazu gezwungen, ihre argumentative Basis anhand der empirischen Ergebnisse neu zu bewerten.

Offensichtlich ist, dass Deutschland und Österreich mit der frühen Trennung der Kinder nach der Klassenstufe 4 auf verschiedene weiterführende Schulformen vergleichsweise isoliert sind. Ganz überwiegend entscheiden andere Länder deutlich später über den weiteren schulischen Bildungsweg der Kinder, insbesondere die „PISA-Siegerländer“ unterrichten die Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam. Andererseits beruht die Schulstruktur in Deutschland auf einer langen Tradition; Gymnasien, regional teilweise auch Gesamtschulen und Realschulen genießen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.

Inzwischen wurde durch die empirische Schulforschung unstrittig belegt, dass das zum Teil stark gegliederte Schulsystem selbst zu einem Problem geworden ist. Je weiter ein Schulsystem gegliedert ist, desto mehr Anreize setzt es zur sozialen Entmischung. Die zeigt sich besonders in Großstädten, in denen die Wege zur nächsten Schule kurz sind und damit die Möglichkeit besteht, einer unbeliebten Schule auszuweichen.

Die PISA-Ergebnisse haben gezeigt, dass integrierte Schulsysteme vielfach leistungsfähiger und sozial gerechter sein können als das gegliederte (auch wenn dies in Deutschland nur punktuell der Fall ist). Wir ziehen daraus den Schluss: die integrierten Formen des Hamburger Schulsystems müssen ausgebaut und weiter entwickelt werden. Länger gemeinsam lernen ist das Ziel. Dieser Prozess der Umsteuerung des Hamburger Schulsystems zu einer „Schule für alle“ wird viele Jahre in Anspruch nehmen, deshalb muss der Prozess der Umsteuerung jetzt beginnen. Hamburg braucht ein Schulsystem, das kein Kind mehr verliert und jedes Kind zu seiner individuellen Leistungsspitze führt. Internationale Vergleiche zeigen, dass dies Schulen für alle Kinder leisten können, wenn sie bei großer Heterogenität der Schülerschaft jedem Kind und Jugendlichen gerecht werden. Die Gefahr, durch Strukturentscheidungen Lebenswege von Kindern dauerhaft in die falsche Richtung zu lenken, wird so reduziert.

Die Zukunft des Hamburger Schulsystems

Hamburg braucht ein Schulsystem, in dem

- a. alle Schulen sich an Standards orientieren, Qualitätsvergleiche und Qualitätssicherung durchführen,
- b. alle Schulen sich auf den Weg der inneren Schulreform begeben,
- c. jede Schule die Verantwortung für jedes einzelne Kind wahrnimmt und es individuell fördert, statt es Klassenstufen wiederholen zu lassen oder abzuschulen,
- d. alle Schulen mehr als bisher der Unterschiedlichkeit junger Menschen gerecht werden und sich als Leitziel die individuelle Förderung setzen,
- e. keine Schulform mehr existiert, die ausschließlich schwache Kinder unterrichtet und die als „Restschule“ wahrgenommen wird,
- f. der sozialen Benachteiligung entgegengewirkt wird,
- g. Schulen in besonders benachteiligten Stadtteilen mehr Ressourcen erhalten, um ihre Aufgaben bewältigen zu können, und aktiv durch Maßnahmen der Stadtteilentwicklung unterstützt werden,
- h. sich jede Schule ihrem räumlichen und sozialen Umfeld öffnet und die Bildungspotentiale des Stadtteils erschließt,
- i. alle Schulen eines Stadtteils zuverlässig miteinander kooperieren und sich in gemeinsamer Verantwortung für die Bildung aller Kinder des Stadtteils sehen,
- j. eine regionalisierte Schulaufsicht und Schulentwicklungsplanung diesen Prozess aktiv unterstützt,
- k. der mittlere Abschluss das erreichbare Ziel für möglichst viele Schülerinnen und Schüler wird,
- l. die allgemein bildenden Schulen auf direktem Weg in 12 oder 13 Jahren zum Abitur führen und insgesamt mehr Menschen als bisher zum Abitur bringen,
- m. ausgehend von den bestehenden Schulformen und Schulstandorten attraktive Stadtteilschulen entstehen, die die Heterogenität des Stadtteils aktiv und positiv nutzen, um ein möglichst anregungsreiches Lernklima herzustellen und der sozialen Entmischung entgegenzuwirken, und
- n. die Perspektive einer „Schule für Alle“ verfolgt wird.

Eltern aktiv in Entwicklung des Schulsystems einbeziehen – Elternwillen respektieren

Die Veränderung von Schulstrukturen darf und kann nur im Einklang mit den Eltern geschehen. Deshalb ist es in der Schulpolitik wichtig, einen breiten Konsens anzustreben. Das Vertrauen in das öffentliche Schulwesen ist ein hohes Gut. Das staatliche Schulsystem muss so gut sein, dass es von allen akzeptiert werden kann. Daher ist der Elternwille zu respektieren. Hamburgs Eltern müssen in die anstehenden Veränderungen des Hamburger Schulsystems und die Weiterentwicklung „ihrer“ Schulen vor Ort intensiv einbezogen werden.

Empfehlung der SPD Gruppe der Enquete-Kommission

1. Transformationsprozess der Schulen – Schritte der Strukturveränderung – Schulaufsicht und Schulentwicklung regionalisieren

Schaffung von Stadtteilschulen

Ausgehend von den bestehenden Schulformen und Schulstandorten werden in allen Stadtteilen Stadtteilschulen entwickelt.

Diese entstehen, indem sich Schulen verschiedener Schulformen – Haupt- und Realschule, IHR, Gesamtschule, Gymnasium - im jeweiligen Schulbezirk zu Stadtteilschulen zusammenschließen. Wir wollen die Gymnasien nicht abschaffen, aber auch diese werden sich verändern müssen. Auch Gymnasien sollen sich zu Stadtteilschulen entwickeln und sollen dabei Verbünde mit allen für die Stadtteilschule vorgesehenen Schulformen eingehen. Stadtteilschulen werden als Langform (Vorschule plus Klassenstufe 1 bis 13) geführt.

Eigenständige Grundschulen können sich grundsätzlich einer Stadtteilschule zuordnen, um den Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I zu verbessern. Die Stadtteilschule führt zum ersten und zum mittleren Anschluss sowie zum Abitur, zu letzterem Abschluss in der Regel in 13 Jahren. In jedem Hamburger Stadtteil muss eine Verständigung darüber erzielt werden, wie Stadtteilschulen entwickelt werden, um den Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen. Bei Rahmenvorgaben für die gesamte Stadt ist die jeweils beste Lösung vor Ort zu suchen und dann auch umzusetzen. In vielen Stadtteilen gibt es nicht alle Schulformen. Einige Stadtteile haben keine Haupt- und Realschule mehr, in anderen sind die Gesamtschulen rar, in anderen die Gymnasien. In einigen Stadtteilen werden Gymnasien viele Schülerinnen und Schüler aufnehmen und auch solche behalten, die vielleicht kein Abitur machen werden. In anderen Stadtteilen wird es die Stadtteilschule neben dem Gymnasium geben, möglicherweise auch allein die Stadtteilschule. Wohnortnah sollen Stadtteilschulen als gebundene Ganztagschulen geführt werden.

Die personelle und sächliche Ausstattung der Stadtteilschule muss ihren spezifischen Aufgaben entsprechen. Die positiven Erfahrungen und Konzepte des integrierten Arbeitens aus Integrierten Gesamtschulen und Integrierten Haupt- und Realschulen fließen in die Stadtteilschulen ein. Integrierte Gesamtschulen überwinden die äußere Leistungsdifferenzierung, durch die das dreigliedrige Schulsystem bisher innerlich abgebildet wird, zugunsten individualisierter Unterrichtformen und innerer Leistungsdifferenzierung. Schrittweise werden alle Formen der Aufbaugymnasien und der beruflichen Gymnasien in die Stadtteilschulen integriert. Es wird eine enge fachliche Kooperation mit den zuständigen Berufsschulen angestrebt (Lehreraustausch, Hospitation, Fortbildung).

An den Stadtteilschulen unterrichten Lehrkräfte jeder Ausbildung, also auch Lehrkräfte gymnasialer und berufsschulischer Ausbildung. Grundsätzlich gilt: ein wesentlicher Anteil der Lehrkräfte an Stadtteilschulen soll eine gymnasiale oder berufsschulische Ausbildung haben. Lehrkräfte mit sonderpädagogischer Ausbildung sollen an jeder Schule unterrichten. Lehrkräfte von Gymnasien und Berufsschulen sollen in ihrer beruflichen Biographie – in Aus- und Fortbildung sowie beruflicher Tätigkeit – Unterrichtserfahrungen in Stadtteilschulen sammeln.

Hauptschulen werden abgeschafft

In einem ersten Schritt werden Hauptschulen und Hauptschulzweige abgeschafft und zu Integrierten Haupt- und Realschulen zusammengeführt. Dieser Prozess soll bis zum 1.8.2008 abgeschlossen sein. Innerhalb von zwei weiteren Jahren werden alle (dann integrierten) Haupt- und Realschulen so ausgestattet und umgeformt, dass sie den Auftrag zur Entwicklung in eine Stadtteilschule umsetzen können. Aufgrund der regionalen

Bedingungen wird darüber entschieden, welche Schulformen in den Entwicklungsprozess zu Stadtteilschulen jeweils einbezogen werden. Die Schulpflicht wird für alle Schülerinnen und Schüler auf 10 Jahre verlängert. Schülerinnen und Schülern, die nach Besuch der 10. Klasse nicht den Mittleren Abschluss erreichen konnten, müssen ihre zusätzlichen Leistungen bescheinigt werden.

Schulentwicklung im Stadtteil und gemeinsame Schulaufsicht

Die Schulaufsicht und die Schulentwicklungsplanung wird regionalisiert, um den Entwicklungsprozess zu Stadtteilschulen angemessen steuern und unterstützen zu können. Die Schulaufsicht ist für alle Schulen eines Stadtteils zuständig. Sie macht im Rahmen der regionalisierten Schulentwicklungsplanung Vorschläge, welche Schulen eines Stadtteils zu Stadtteilschulen zusammengeführt oder weiterentwickelt werden. Sie stützt ihr Votum auf Vorschläge der (erweiterten) Bildungskonferenz; die Voten der beteiligten Elternräte und Schulkonferenzen sind einzuholen.

Denkbar sind sehr unterschiedliche Entwicklungsprozesse:

Eine Stadtteilschule wird in der Regel aus dem Verbund einer Haupt- und Realschule sowie einer Gesamtschule sich entwickeln; sie kann aber auch aus einer Haupt- und Realschule oder dem Verbund mit einem Gymnasium entstehen. Es kann auch ein Gymnasium oder eine Gesamtschule allein oder ein Gymnasium mit einer Gesamtschule zusammen eine Stadtteilschule entwickeln. Solche Entwicklungsprozesse können nur gelingen, wenn die Beteiligten sie weitgehend im Konsens durchführen; eine Vorbedingung sind geeignete räumliche Verhältnisse. Normalerweise folgt die gemeinsame Entwicklung der Stadtteilschule einer längeren Kooperation der beteiligten Schulen.

Unabhängig von der Entwicklung einer gemeinsamen Stadtteilschule sind Kooperationen aller Schulen eines Stadtteils notwendig

- a. in Verantwortung für den Stadtteil,
- b. zur Förderung des pädagogischen Austausches,
- c. zur Sicherung der Übergänge von Kl.4 nach Kl. 5, von Kl. 6 nach Kl. 7 und von Kl. 9/10 in die Oberstufe,
- d. zur Stützung von Schulwechslern (Umzug, Umschulung u.a.),
- e. in der gemeinsamen Verantwortung für die Oberstufen,
- f. zur Abstimmung der Programme und Profile.

Gemeinsame Bildungsverantwortung im Stadtteil – Alle Schulen öffnen sich ihrem räumlichen und sozialen Umfeld

Die Kooperation aller Schulen im Stadtteil wird gefördert. Die Schulleiterinnen und Schulleiter der Schulen eines Stadtteils bilden zusammen mit der zuständigen Schulaufsicht die regelmäßig tagende Bildungskonferenz. Sie soll die gemeinsame Verantwortung für Bildung im Stadtteil fördern und die bestmögliche Bildung für alle Kinder des Stadtteils sicherstellen. Sie begleitet die Entwicklung von Stadtteilschulen und unterstützt die Kooperation zwischen allen Schulen eines Stadtteils. Die Bildungskonferenz hat Beratungsaufgaben; sie kann Initiativen ergreifen und Informationen anfordern.

Die Schüler- und Elternräte der Schulen eines Stadtteils bilden einen Stadtteilschüler und Stadtteilerternrat und haben je einen Sitz in der Bildungskonferenz. Das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung aller Bildungsträger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe muss gestärkt werden. An der erweiterten Bildungskonferenz können daher Vertreter der Schüler, Eltern und des pädagogischen Personals mitwirken, vor allem aber der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe des Stadtteils sowie Vertreter von für Kinder und Jugendlichen zuständigen Behörden. Die Zusammenarbeit mit Firmen, Vereinen, Kirchen und Einzelpersonen soll gefördert werden. Ein regelmäßiger Austausch zwischen den Lehrerinnen und Lehrern der Schulen eines Stadtteils und deren gemeinsame Fortbildung wird eingeführt. Gegenseitige Hospitationen der Lehrkräfte verschiedener Schulen und Schulformen im Stadtteil werden gefördert.

Die Stadtteilschule ist kein „Allheilmittel“ gegen soziale Entmischung

Die Veränderung der Schulstruktur bringt nicht von sich aus die gewünschten pädagogischen Erfolge der sozialen Mischung und der Förderung von Benachteiligten. Es bedarf einer gezielten, die Schulen unterstützenden Stadtteilentwicklungspolitik. Alle Schulen in benachteiligten Gebieten stehen ungeachtet dessen vor der enorm großen Aufgabe,

Kinder aus benachteiligten Familien so zu fördern, dass soziale Unterschiede und aufgebaute Bildungsbenachteiligungen soweit wie möglich kompensiert werden.

Damit die Homogenisierung der Schülerschaft am unteren Leistungsende aufgebrochen werden kann und die soziale, kulturelle und ethnische Mischung und die Leistungsverteilung in der Klasse günstiger werden, müssen alle Schulen so ausgestattet sein, dass sie gerade auch unter bildungsorientierten Eltern auf eine hohe Akzeptanz stoßen. Insbesondere Stadtteilschulen in benachteiligten Gebieten müssen den Schülerinnen und Schülern längere Lernzeiten bieten. Sie müssen besser mit Ressourcen ausgestattet sein: Neben einer Grundausrüstung je Kind werden alle weiteren Ressourcen nach dem sozialen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler bemessen (Sozial-Index). Durch ihre Profilsetzung sollen sie die Belange der unterschiedlichen Kinder genau treffen. Sie müssen den starken und den schwachen Kindern Bildungsangebote machen, die diese auch annehmen.

Sitzenbleiben wird abgebaut, Abschulen stark erschwert

Förderprogramme zur Verhinderung von Klassenwiederholungen werden für alle Schulformen aufgelegt. In einem ersten Schritt dürfen Klassenwiederholungen nicht mehr ausschließlich aufgrund von schlechten Noten erfolgen, sie müssen von der Schule schriftlich begründet und der Schulaufsicht zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Begründung muss offen legen, warum die Schule trotz Fördermaßnahmen nicht in der Lage ist, das Kind angemessen zu fördern. Treten Klassenwiederholungen in einzelnen Klassen häufig auf, ist der Unterricht von der Schulaufsicht zu überprüfen.

Abschulungen dürfen ebenfalls an allen Schulen nicht mehr ausschließlich aufgrund von schlechten Noten oder Verhalten erfolgen, sie müssen von der Schule schriftlich begründet werden; Vorschläge für den weiteren Bildungsweg an einer Schulform derselben Schule oder die andere Schulform müssen vorgelegt werden; die Schulaufsicht muss die Abschulung genehmigen. Die Begründung muss offen legen, warum die jeweilige Schule nicht in der Lage ist, das Kind angemessen zu fördern. Treten Abschulungen in einzelnen Klassen häufig auf, ist der Unterricht von der Schulaufsicht zu überprüfen.

Förderschulen schrittweise auflösen

Die Reduzierung der Vielgliedrigkeit des Schulsystems mit dem Ziel, keine so genannte „Restschule“ mehr zu dulden, kann nur erfolgreich sein, wenn neben der Stadtteilschule keine weitere Schulform existiert, auf die schwache Kinder abgeschult werden können. Andererseits wäre es eine Überforderung der neu zu entwickelnden Stadtteilschule, wenn die bestehenden Förderschulen auf einen Schlag aufgelöst und mit der Primarstufe und Sekundarstufe I der Stadtteilschule zusammengefasst würden. Die Aufgaben und Kompetenzen der Förderschulen müssen schrittweise in die Stadtteilschule verlagert werden.

Das Konzept der Integrativen Regelklassen (IR-Klassen) wird fortentwickelt. Bisher separate Förder- und Sprachheilschulen werden schrittweise aufgelöst, indem Kinder aus allgemein bildenden Grundschulen nicht mehr dorthin abgeschult werden. Die Förderkompetenzen aus Förder- und Sprachheilschulen werden schrittweise an die Grundschulen angebunden. Jede Grundschule entwickelt sich zum Förderzentrum. Neben Mitteln für eine integrierte Förderung in der Stammklasse erhalten die betroffenen Grundschulen Mittel zur Förderung stark verhaltensauffälliger Kinder für zusätzliche (additive) Fördermaßnahmen. Ob diese Förderung über die Grundschulzeit hinaus notwendig ist und geleistet werden muss, wird im Einzelfall geprüft.

Innerhalb einer Legislaturperiode werden in den KESS 1- und KESS 2-Gebieten 58 neue IR-Schulen eingerichtet. Damit werden alle Schulen berücksichtigt, die laut Sozialindex der KESS-Studie als „Standorte unter besonderen Bedingungen“ geführt werden. Gerade in diesen Stadtteilen leben besonders viele Kinder mit besonderem Förderbedarf. Mit insgesamt 93 IR-Schulen wäre dann annähernd die Hälfte aller Hamburger Grundschulen in der Lage, ein integratives Angebot zu machen. Langfristig müssen allen Grundschulen entsprechend weiterentwickelt werden.

2. Auf dem Weg zur Schule für alle – verschiedene Wege zum Abitur

Alle Schulen müssen sich neuen Herausforderungen stellen und begeben sich auf den Weg der inneren Schulreform. Formen der äußeren Leistungsdifferenzierung werden abgebaut, Formen der inneren Leistungsdifferenzierung ausgebaut, der Unterricht wird individualisiert. Der Umgang mit heterogenen Gruppen und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler müssen zum Bildungsauftrag jeder Schule gehören. KMK-Vorgaben und zentrale Abschlussprüfungen sorgen dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler im gleichen Umfang Unterricht bis hin zum Abitur haben und alle Abschlüsse in ganz Hamburg unabhängig von Schulstandort und Schulform im Ergebnis gleichwertig sind.

Jede Schule bietet eigenständig Schwerpunkte an (z.B. Technik, Berufsorientierung, Sprachen, Alte Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften, Bildende Künste, Musik, Sport etc.).

Alle Schulen werden in der Sekundarstufe I im Regelfall dreizügig oder größer geführt. Lässt eine besondere Profilbildung eine geringere Zügigkeit zu, ist dies genehmigungsbedürftig.

3. Stadtteilschule als Schule für alle

Die Stadtteilschule hat das Ziel, in allen Bildungsgängen eine anspruchsvolle Qualifikation für den Eintritt in das Berufsleben oder für das Erreichen des Abiturs zur Aufnahme eines Studiums zu vermitteln. Die Stadtteilschule entwickelt spezifische pädagogische Konzepte, um auf die Heterogenität von Kindern und Jugendlichen, ihren besonderen Fähigkeiten und Problemlagen einzugehen. Ihre Abschlüsse sind

- a. der erste Abschluss (Hauptschulabschluss),
- b. der Mittleren Abschluss für möglichst viele Schülerinnen und Schüler und
- c. das Abitur.

Die berufliche Orientierung auf einem hohen Kompetenzniveau für alle ist die besondere Qualität der Stadtteilschulen. Der erste Abschluss (Hauptschulabschluss) und der mittlere Abschluss führen direkt in die berufliche Ausbildung des dualen Systems oder in die berufliche Vollzeitschule. Auch das Abitur führt heute zunehmend in die berufliche Ausbildung des dualen Systems. Neben dem Unterrichtsfach Arbeitslehre bietet die Stadtteilschule beispielsweise den Praxistag und Schülerfirmen, die sich an vielen Schulen bereits bewährt haben. Die Einbeziehung und Nutzung der besonderen Kompetenzen von Berufsschulen in die Entwicklung der Stadtteilschulen eröffnet schon in der Sekundarstufe I neue Möglichkeiten der Profilbildung.

Für Schüler, die voraussichtlich Schwierigkeiten haben, diese Abschlüsse zu erreichen, sind rechtzeitig Fördermaßnahmen notwendig, so dass ihnen nach dem Schulbesuch ein Einstieg in das berufliche Leben möglich wird. Das Angebot der Stadtteilschule wendet sich auch an die leistungsstarken Kinder und Jugendlichen, die die Hochschulreife anstreben. Es baut auf dem bewährten differenzierten Angebot der integrierten Gesamtschulen auf, das inhaltlich und methodisch-didaktisch, wissenschafts- und handlungsorientiert ist. Ein zentrales Strukturelement der Stadtteilschule ist der direkte Weg zum Abitur, das in der Regel in 13 Schuljahren abgelegt werden kann, ist ein zentrales Strukturelement. Die Berechtigung zum Besuch der Oberstufe wird im Regelfall nach 6 Jahren erreicht. Besonders begabte Schülerinnen und Schüler können dieses Ziel schon in 5 Jahren erreichen. Die Möglichkeiten des Überspringens einer Klassenstufe werden ausgebaut.

Die Stadtteilschule muss so ausgestaltet sein, dass das Ziel Abitur auch tatsächlich erreichbar ist, der Weg zum Abitur also bis zum Ende der Sekundarstufe I frei steht. Der mittlere Abschluss hat auch dieses Ziel. Dazu können beispielsweise der Wahlpflichtbereich ebenso wie Differenzierungsmaßnahmen dienen. Zehn Jahre Vollzeitschulpflicht für alle Schülerinnen und Schüler, die schrittweise eingeführte Ganztagschule sowie die verlängerte Schulzeit bis zum Abitur (13 Jahre) eröffnen einen weiten Spielraum für die Überwindung der bisher festgeschriebenen äußeren Kursdifferenzierung zugunsten individualisierter Lernformen und innerer Differenzierung, um jedes Kind individuell zu fördern. Die Stadtteilschule nutzt diese erhöhte Lernzeit zur Schwerpunktbildung und qualitätsvollen, attraktiven Ausgestaltung ihres Unterrichtsangebots, wie beispielsweise dem

systematischen Ausbau von Auslandsaufenthalten und berufsorientierenden Angeboten auf allen Kompetenzstufen.

Stadtteilschulen können zum Erreichen ihrer Ziele sehr unterschiedliche Wege gehen. In der Ausgestaltung der behördlichen Vorgaben ist ihnen ein großer Spielraum einzuräumen. Stadtteilschulen können das Programm einer Gesamtschule fortführen und weiterentwickeln.

Spezifische Kennzeichen der Stadtteilschule sind a. die anwendungsbezogene Akzentuierung der naturwissenschaftlichen Fächer,

b. die Fächer Arbeitslehre und Technik,

c. der Wahlpflichtbereich von Stufe 7 bis 10 (ein bis zwei Fächer),

d. Zeit für Begabtenförderung in allen Bereichen, auch in den Bereichen Sport, Musik, Darstellendes Spiel etc.,

e. Förderpläne für besonders leistungsschwache, aber auch besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler,

f. multiprofessionelle Teams unterschiedlicher pädagogischer Professionen,

g. kleine Klassen,

h. soziales Lernen,

i. das Erlernen von ein bis drei Fremdsprachen bis Klasse 10,

j. Zeit für Auslandsaufenthalte zur Vertiefung der Sprachkenntnisse,

k. berufliche Orientierung auf hohem Kompetenzniveau,

l. auch in der Sekundarstufe II eine berufliche Akzentuierung.

Die Einbeziehung teilqualifizierender Berufsbildungsgänge ist zu prüfen. Ziel ist die Entwicklung aller Stadtteilschulen zu Ganztagschulen. Diese bieten ein vielfältiges Programm zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler: Ersatz der Hausaufgaben durch Formen selbstständiger Arbeit und Übung innerhalb der Schule, spezifische Fördermaßnahmen, Freizeitangebote. Ganztagschulen werden rhythmisiert organisiert.

4. Gymnasien müssen sich verändern

Das Gymnasium vermittelt heute in der Regel die Basis für die Aufnahme eines universitären Studiums. Gymnasiale Bildung wählt einen systematisch geordneten, fachlichen und abstrahierten Zugang zu den Gegenständen der Natur, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und forciert eine reflektierte Sichtweise zu diesen Gegenständen. Dabei spielt das Fachunterrichtssystem eine entscheidende Rolle, verbunden mit dem Vorrang des Kognitiven, der Betonung differenzierter Urteilsfähigkeit und besonderer Leistungsmaßstäbe. Zum Abitur führt das Gymnasium in acht Jahren. Die Schulform stellt dauerhaft hohe Anforderungen an die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit ihrer Schüler. Umfangreiche Lernprozesse müssen bewältigt werden; eine gute Motivation, eine ausgeprägte Wissensbegierde und die Fähigkeit, konzentriert zu arbeiten, sind damit Voraussetzungen für den Besuch eines Gymnasiums.

Die zur Erreichung des Abiturs notwendigen Bildungsplanvorgaben müssen überarbeitet und die Stofffülle reduziert werden, der von der KMK vorgegebene Stundenumfang bleibt erhalten. Da ein Teil der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums nach dem Mittleren Abschluss oder dem Abitur in die duale oder vollzeitschulische berufliche Ausbildung wechselt, sollen die Gymnasien ihre Angebote der Berufsvorbereitung ausbauen. Zur Vergabe des Mittleren Abschlusses beteiligen sich auch die Gymnasien an zentralen Abschlussprüfungen zu dem Zeitpunkt, an dem ihre Schülerinnen und Schüler ein vergleichbares Unterrichtspensum wie an den Stadtteilschulen absolviert haben.

Nach Klassenstufe 6 entscheidet die Zeugniskonferenz des Gymnasiums anhand des bisherigen Lern- und Leistungsvermögens des Kindes nach Absprache mit Eltern, den benachbarten Schulen und der Schulaufsicht über die weiterführende Schulform ab Klassenstufe 7, um den bestmöglichen weiteren schulischen Weg für das Kind zu finden. Beim Wechsel in eine Stadtteilschule muss das Gymnasium Auskunft über die Lernbiografie des Kindes geben. Die Regelung über diese Entscheidung nach Klasse 6 gilt zunächst für 5 Jahre und wird dann auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen überprüft. Ziel bleibt es, das Abschulen abzuschaffen. Auch die Gymnasien stehen vor der großen Entwicklungsaufgabe, sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken und bildungsbezogene Benachteiligungen abzubauen. Sie müssen sich der Förderung von Kindern mit

Migrationshintergrund, Talenten aus bildungsfernen Schichten etc. durch innere Reform ihrer Arbeitsweise und Kooperation mit den Stadtteilschulen stellen.

Spezifische Kennzeichen der Gymnasien sind

- a. das Erlernen von zwei bis drei Fremdsprachen,
- b. bilinguale Angebote in der Oberstufe,
- c. die Ganztagschule als Unterrichtsschule.

5. Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I

Vor und während der Grundschulzeit werden als verbindliche Grundlage für Fördermaßnahmen regelmäßig kompetenzorientierte Lernstandserhebungen durchgeführt (Sprachtest, Hamburger Leseprobe, Hamburger Rechenprobe etc.). Um das Beratungsgespräch zum weiteren schulischen Werdegang für Eltern und Kind auf eine besser fundierte Basis zu stellen, werden diese kompetenzorientierten Lernstandserhebungen dem Gespräch in der vierten Klasse zu Grunde gelegt. Das Beratungsgespräch bezieht sich auch auf die verschiedenen Profile und Schwerpunktsetzungen der in Frage kommenden Schulen der Sekundarstufe I. Kompetenzorientierte Lernstandserhebungen sind eine Orientierungshilfe für die Eltern und kein Selektionsinstrument für die aufnehmende Schule. Die Grundschule und die Schulen der Sekundarstufe I gestalten den Übergang in die 5. Klasse so fließend wie möglich. Der Unterricht der 5. Klasse muss dem tatsächlichen Lernstand jedes einzelnen Kindes Rechnung tragen und darf sich nicht allein am Curriculum der Stufe 5 orientieren. Eine Lernstandserhebung Ende Klasse 4 oder zu Beginn der Klasse 5 ist die Basis eines solchen Vorgehens. Das Lehrpersonal kooperiert stufen- und schulformübergreifend.

6. Gestaltung der Oberstufe

Oberstufen können mit einer Stadtteilschule oder einem Gymnasium verbunden sein. Wo organisatorisch möglich und pädagogisch zweckmäßig, führen Stadtteilschulen und Gymnasien eines Stadtteils gemeinsame Oberstufen. Die Versorgung mit Oberstufen erfolgt möglichst wohnortnah, dennoch wird nicht jedes Gymnasium und jede Stadtteilschule eine eigene Oberstufe führen können. Eigenständige Oberstufen von Stadtteilschulen und Gymnasien kooperieren in der Studienstufe eng miteinander. Die Profilbildung aller Oberstufen wird gefördert. Die Technischen Gymnasien und Wirtschaftsgymnasien kooperieren mit den Oberstufen des allgemein bildenden Schulsystems; ggf. können sie deren Studienstufe bilden.

Nach dem Besuch der Vorstufe können die Schülerinnen und Schüler frei wählen, ob und an welcher Schule sie die Studienstufe besuchen wollen. Für junge Erwachsene, die nach der Sekundarstufe I zunächst eine Ausbildung absolviert oder mindestens drei Jahre lang beruflich tätig waren, gibt es die Möglichkeit, ihre schulischen Defizite aufzuholen und dann in die Sekundarstufe II einzutreten (analog der Eingangsstufe der bisherigen Aufbaugymnasien). Sie können vor der dreijährigen gymnasialen Oberstufe (1 Jahr Vorstufe, 2 Jahre Studienstufe) eine Einführungsstufe besuchen, um den schulischen Anschluss zu finden. Schülerinnen und Schülern mit mittlerem Abschluss, die die Notenschwelle zur gymnasialen Oberstufe nicht erreichen konnten, müssen die Einführungsstufe absolvieren, an deren Ende die Befähigung zur gymnasialen Oberstufe festgestellt wird.

7. Ausbau der Integration von Kindern mit Behinderung – schrittweise Auflösung der Förder- und Sprachheilschulen

Der gemeinsame Unterricht Kinder mit und ohne Behinderung soll eine gesellschaftliche und pädagogische Normalität in Hamburg werden. Künftig sollen daher deutlich mehr Kinder an einem gemeinsamen Unterricht teilhaben. Als Fernziel wird eine Schule angestrebt, in der Kinder mit und ohne Behinderung grundsätzlich gemeinsam auf Regelschulen unterrichtet werden.

Alle Kinder mit Behinderung haben Anspruch auf die Aufnahme in eine wohnortnahe Integrationsklasse, wenn die Eltern dies wünschen. Integrationsklassen werden daher in allen Schulformen und Klassenstufen bedarfsgerecht ausgebaut. Die Zusammenarbeit

zwischen Sonderschulen und Regelschulen wird verstärkt und die Ressourcen der Sonderschulen werden entsprechend teilweise an die Integrationsklassen der Regelschulen übertragen.

5. Februar 2007

SPD Gruppe der Enquete-Kommission

„Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“

Prof. Dr. Reiner Lehberger, Sabine Schlüter, Dr. Dieter Wunder

Abweichende Stellungnahme

1) S. 5

(Absatz: „Schaffung von Stadtteilschulen“, alternativ zum 2. Absatz):

In der Regel werden diese aus der Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen entstehen. Die Einbeziehung eines Gymnasiums des Stadtteils wird angestrebt.

2) S. 9

(alternativ zur Überschrift Kapitel 2 und ergänzend als Einleitung):

Profile künftiger Schulformen – Zwei Wege zum Abitur

Die Schulformen „Stadtteilschule“ und „Gymnasium“ haben je eigene Profile für die Vermittlung anspruchsvoller Qualifikationen und zum Erreichen der Abschlüsse. Während sich in der Stadtteilschule das Unterrichtsangebot qualifiziert und differenziert – bis zu den Abschluss-Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I in einem weitgehend gemeinsamen Bildungsgang der Schülerinnen und Schüler – auf alle Abschlüsse der Sekundarstufen bezieht und ein Offenhalten des individuell erreichbaren Abschlusses in der Sekundarstufe I bis zum Ende zum Konzept der Schule gehört, ist der Bildungsgang des Gymnasiums zentral auf einen qualifizierten Abschluss, das Erreichen der Hochschulreife, ausgerichtet.

3) S. 12

(Kapitel 5, anstelle des ersten Absatzes):

Die bisherige Praxis der Schullaufbahneempfehlung nach der Grundschule wird modifiziert. Am Anfang von Klasse 4 werden kompetenzorientierte Lernstandserhebungen durchgeführt. Auf der Basis dieser Erhebungen spricht die Grundschule in Absprache mit den Eltern eine Empfehlung für die weitere Schullaufbahn, aus der die Sicht der Schule auf die besten Entwicklungsbedingungen für das jeweilige Kind wiedergibt. Den Eltern werden die spezifischen Lernbedingungen und Ziele der Stadtteilschule und des Gymnasiums bezogen auf die bisherigen schulischen Erfahrungen mit ihrem Kind erläutert. Der Wunsch der Eltern und des Kindes bei der Wahl einer weiterführenden Schule wird respektiert.

Dokument 7

9 macht klug

Übergänge zu einer Hamburger

Schule für alle



Ein Vortrag von
Christa Goetsch

Bürgerschaft Hamburg: Enquête-Kommission „Konsequenzen aus PISA!“

13.01.2007

STIMMEN FÜR LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN

„Das dreigliedrige Schulsystem ... reflektiert die Drei-Klassen-Gesellschaft. ... Die hohe deutsche Arbeitslosigkeit hat genau hier ihre zentrale Ursache.“ Lothar Späth (Handelsblatt 22.2.2006)

Heute ist die Aussage von Lothar Späth eine von vielen in der Sammlung prominenter Stimmen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kreisen, die

- **die Leistungsfähigkeit des gegliederten deutschen Schulsystems in Frage stellen,**
- **das frühe Sortieren der SchülerInnen in unterschiedliche Schulformen falsch finden**
- **und sich für ein längeres gemeinsames Lernen aussprechen.**

Eine Sammlung der Stimmen findet sich am Ende der Darstellungen.

SCHULSTUDIEN GEBEN ANLASS ZU GROßER SORGE

Empirisch wird die Ausgangslage der Diskussion durch besorgniserregende Befunde der Untersuchungen TIMMS, LAU, ULME, PISA und KESS beschrieben. In diesen Studien werden fünf zentrale Ursachen für die herrschende Misere benannt:

- 1. Das Bewertungs- und Entscheidungssystem nach der 4. Klasse („welche SchülerInnen darf aufs Gymnasium – wer soll in die Hauptschule u.s.w.“) ist äußerst unzuverlässig.**
- 2. Viele Kinder und Jugendliche werden in teure und für sie leidvolle Wiederholungs- und Abschiebeschleifen geschoben. Die Bundesrepublik ist dabei „Weltmeister“ im Abschulen. Die PISA-Untersuchung zeigt, dass viele der 15-Jährigen nicht dort anzutreffen sind, wo sie altersgemäß hingehören: In die neunte Klasse.**
- 3. Es gibt zu viele SchulabbrecherInnen und zu wenige AbiturientInnen.**
- 4. Wegen der Selektion nach sozialer Herkunft und Migrationshintergrund werden Fähigkeiten und Talente missachtet und Leistung und gute Abschlüsse verhindert.**
- 5. Die Konzentration von SchülerInnen mit schlechten Lernvoraussetzungen und schwierigem sozialen Hintergrund führen zu anregungsarmen Lernmilieus – insbesondere in den letzten Hauptschulklassen. Gerade deswegen herrscht Demotivation und Leistungsabfall, Hauptschulen werden zu Restschulen und eine wachsende Zahl von sogenannten RisikoschülerInnen hat wenig Chancen auf Ausbildung oder Arbeit.**

KONSENS: RADIKALE ÄNDERUNG NÖTIG

Der „PISA.-Schock“ und die Ergebnisse der anderen Schulstudien haben partei- und gesellschaftsübergreifend die Überzeugung reifen lassen: In deutschen Schulen sind radikale Änderungen nötig. Überwiegend Konsens besteht dabei in folgenden Punkten:

- **der Ausbau von Ganztagschulen**
- **mehr Autonomie für die Schulen**
- **die Abschaffung des Sitzenbleibens**
- **der Ausbau der frühkindlichen und vorschulischen Bildung**
- **die Entwicklung individueller Lernformen**
- **die besondere Beachtung und Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund**

Ohne Zweifel haben sich hier die anderen Parteien auf die GAL zu bewegt. Das zeigt sich auch in der Frage der Schulstruktur: Niemand in Hamburg möchte heute mehr die Hauptschule retten. Zumindest für die CDU ist das revolutionär. Als die GAL im Jahr 2003 die Kampagne "**9 macht klug**" startete, wollten nur wenige mit uns über die Frage diskutieren, wie viele Schulformen es in Zukunft in Hamburg geben sollte. Noch zur Zeit der Veröffentlichung des „**Reformschulatlas**“ der GAL-Fraktion im Juli 2005¹, in dem die Notwendigkeit der gleichzeitigen Reform von Unterrichtsqualität und Schulstruktur veranschaulicht wird, hatte beispielweise die CDU-Schulsenatorin diesen Ansatz als „aufgeregtes Gegacker“ und die Strukturdebatte als „von gestern“ bezeichnet. Heute – knapp zwei Jahre später – diskutiert man in der Enquête-Kommission nicht mehr über das "ob", sondern das "wie" einer Strukturreform. Leider wollen CDU und Teile der SPD bei dieser Frage mit ihrem Plan eines Zwei-Säulen-Modells (Gymnasien und Stadtteilschulen) auf halbem Weg stehen bleiben. Das sei ein "historischer Kompromiss" und Sorge für "Verlässlichkeit" und "Akzeptanz" bei den Eltern. Doch was nützt den SchülerInnen ein historischer Kompromiss, wenn es auch in Zukunft **falsche SchülerInnen** gibt, die nicht in eine Klasse oder Schule gehören und deshalb aussortiert werden müssen? Wenn SchülerInnen auch in Zukunft **nach der 4. Klasse und nach der 6. Klasse sortiert**, in Stadtteilschulen, Förderschulen oder Gymnasien verschoben werden?

¹ (http://www.hamburg-kreativestadt.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Broschueren/nicht_im_print/reformschulatlas_fuer_eine_neue_hamburge.pdf),

GYMNASIUM UND STADTTEILSCHULE: MIT ZWEI SÄULEN IN DIE SACKGASSE

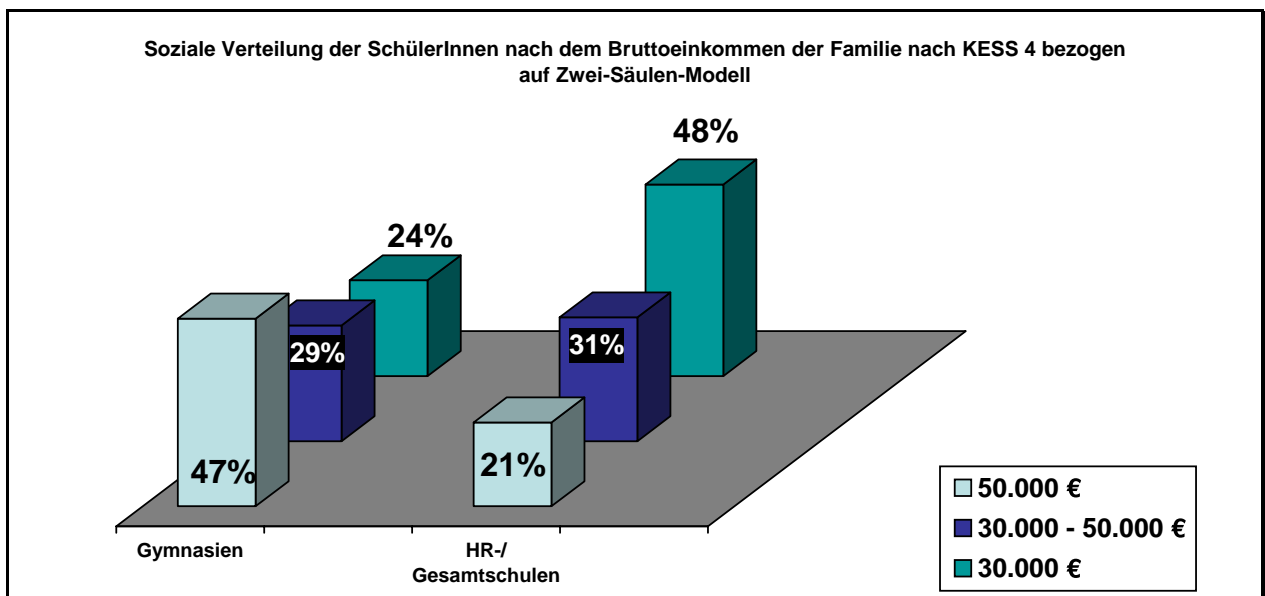
Das Hauptübel der deutschen Schule (auch der Hamburger!) – das Sortieren der Kinder – wird selbst bei aller Verfeinerung der Prognoseinstrumente und der diagnostischen Kompetenz auch in Zukunft zu Fehlentscheidungen führen. Basis des Sortierens ist eine „**Theorie der zwei Begabungen**“. Diese ist nicht nur nirgendwo wissenschaftlich belegt – sie widerspricht auch dem **dynamischen Begabungsbegriff** von OECD und UN. Wer kann bei einem 10-jährigen Kind sicher vorhersagen, ob es sich „wissenschaftsorientiert“ entwickelt oder eher „praxisbegabt“ ist, ob es in Zukunft eher langsam oder schneller lernen wird? Und wie passt eine Momentaufnahme durch einen Kompetenztest in der 4. Klasse zu den unterschiedlichen Phasen, die fast alle Kinder im Laufe ihrer Schulbiographie durchmachen: Phasen unterschiedlicher Motivation und Aufnahmebereitschaft oder etwa Phasen der Persönlichkeitsentwicklung? Tatsächlich ist doch jedes Kind ein Unikat und jeder Lebensweg ein individueller.

Eine weitere Schwäche des Zwei-Säulen-Modells: **Geht es nach der CDU kann auch in Zukunft bis Klasse 6 abgeschult werden.** Die Folge: Die Kinder werden sogar **zweimal hart sortiert**. Das frisst viel Energie bei allen Beteiligten, es demotiviert und schafft die heute in den Schulen bekannte Atmosphäre von Druck und Angst. Deshalb: Fördern und Fordern – ja! Sortieren und Durchfallen – nein!

Auch das **sächsische Modell** ist als Vorbild nicht zu gebrauchen. Dort schult man ca. 10 % der SchülerInnen von der angeblich hoch attraktiven zweiten Säule in die **Förderschulen** ab. Damit entwickelten sich eine neue Form der Restschule und eine **neue Dreigliedrigkeit**. In Hamburg werden in manchen gutbürgerlichen Stadtteilen 70-90 % SchülerInnen eines Jahrgangs an die Gymnasien angemeldet. Wenn die anderen 10-30 % sich in Zukunft auf die Stadtteilschule und die Förderschule verteilen, wird es erneut nicht die gewünschte Heterogenität der Schülerschaft geben und anregungsarme Lernmilieus weiter zementiert werden. Die Gefahr: Es werden an Stelle der Hauptschulen neue Restschulen geschaffen.

SOZIALE SPALTUNG: ABBILD IN ZWEI SÄULEN

Das Zwei-Säulen-Modell wird die soziale Spaltung in der Stadt vertiefen. Das zeigt die soziale Verteilung der SchülerInnen, wie sie in der KESS-4-Schulstudie erhoben wurde. Fazit: Nicht nur ist das vielgliedrige System gescheitert – in der Perspektive wird auch im zweigliedrigen Schulsystem die soziale Spaltung fortschrieben – dies gilt auch, wenn die Schwächsten weiterhin in eine „Dritte Säule“ – die Förderschulen – sortiert werden.



DAS GEGLIEDERTE SYSTEM IST GESCHEITERT

„Das dreigliedrige Schulsystem ist gescheitert. Es führt dazu, dass schwache Schüler abgeschoben statt gefördert werden. Gleichzeitig ist die Spitze aus guten Schülern schmaler als in anderen Ländern.“ (Prof. Dr. Andreas Schleicher, PISA-Koordinator der OECD, Capital 25.11.2004)

9 MACHT KLUG: LEISTUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Mit dem bereits 2003 veröffentlichten Programm „9 macht klug“ hat die GAL klar gestellt, dass **Inhalt und Struktur** zusammen zu diskutieren sind – genauso wie **eine leistungsstarke Schule** auch eine **sozial gerechte Schule** sein muss. Das bedeutet die Vermeidung der Selektion nach sozialer Herkunft und längeres gemeinsames Lernen aller Kinder. Alle Talente sind wichtig und werden individuell gefördert. Das Klassenwiederholen wird abgeschafft. Schließlich kann es sich die Gesellschaft weder sozial- noch bildungspolitisch noch ökonomisch erlauben, auch nur ein Kind „hängen zu lassen“.

Der Rahmen für diese Kernpunkte von „9 macht klug“ bildet die **ganztägig rhythmisierte Schule**. Hier gibt es keinen 45-Minuten-Takt mehr, Phasen des gemeinsamen und des individuellen Lernens wechseln sich genauso ab wie Phasen des Unterrichts und der Entspannung. Kernpunkte von „9 macht klug“ sind:

- **keine Selektion**
- **gemeinsames Lernen**
- **alle Kinder – alle Talente**
- **kein Sitzenbleiben**
- **individuelle Förderung**
- **ganztägig und rhythmisiert**

ÜBERGÄNGE ZU EINER HAMBURGER SCHULE FÜR ALLE

Fünf Kernelemente kennzeichnen den Übergang zu einer Schule für alle in 8 – 10 Jahren:

- **konsequenter Umbau der Strukturen in zwei Legislaturperioden**
- **Chancen der Kinder stehen im Mittelpunkt**
- **Lehrerinnen und Lehrer sind entscheidende Akteure**
- **kommunikativer Prozess**
- **professionelle Prozessbegleitung**

2008	2009	2010
<ul style="list-style-type: none"> ✚ regionale Schulentwicklungsplanung ✚ regionale Schulaufsicht aufbauen ✚ keine Einrichtung von H-Klassen ✚ Unterstützungs- und Entlastungsprogramm für LehrerInnen ✚ Kompetenzstufen und Bildungspläne 5. - 7. Klassen ✚ LehrerInnen-Mix 	<ul style="list-style-type: none"> ✚ Bildungspläne 5. Klassen erproben ✚ Förderklassen integrieren ✚ keine Abschulung nach unten 	<ul style="list-style-type: none"> ✚ alle 1. Klassen bleiben zusammen ✚ alle 5. Klassen bleiben zusammen ✚ Bildungspläne ab 8. Klasse

ÜBERGÄNGE ZU EINER HAMBURGER SCHULE FÜR ALLE: SCHRITT 2008

Bereits im Jahre **2008** startet der Prozess einer **regionalen Schulentwicklung** unter Einbeziehung der Stadtentwicklung. Ab 2008 werden auch keine isolierten Hauptschulklassen mehr eingerichtet. Dieser Transformationsprozess bedarf nicht nur einer wissenschaftlichen Begleitung, sondern auch einer **professionellen Moderation**. Zentral dabei: Ein **kommunikativer Prozess**! Es kommt darauf an, die wichtigsten Akteure – Eltern und LehrerInnen – in diesem Prozess zu beteiligen. Für die **LehrerInnen** wollen wir ein breit angelegtes **Unterstützungs-, Fortbildungs- und Entlastungsprogramm** bereits in **2008** zu starten, um sie in die Lage zu versetzen, mit Heterogenität umzugehen, individuelle Lernformen zu pflegen und die dazu notwendige Methodenkompetenz zu erwerben.

Ebenfalls ab **2008** muss die Entwicklung von **Bildungsplänen** für die Klassen 5 – 7 gestartet werden. Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden, weil etwa in der neuen Max-Brauer-Schule oder in den Berufsfachschulen bereits heute an solchen gearbeitet wird. Diese Bildungspläne sind nicht mehr schulformspezifisch ausgerichtet, sondern werden an Kompetenzstufen schulformübergreifend ausgerichtet. Selbstverständlich wird diese Arbeit wissenschaftlich begleitet.

In dem Zeitraum ab **2008** wird auch mit der **Einstellung einer gemischten Lehrerschaft** in der Sek. I ab der fünften Klasse begonnen – d.h.: Ab der fünften Klasse arbeiten in allen Schulen GymnasiallehrerInnen und Haupt- und RealschullehrerInnen u.s.w. Auch der Umbau zu einer **regionalen, schulformübergreifenden Schulaufsicht** startet in 2008.

ÜBERGÄNGE ZU EINER HAMBURGER SCHULE FÜR ALLE: SCHRITT 2009

Im Jahr **2009** werden die angestoßenen Prozesse aus 2008 weiter verfolgt und professionell begleitet. Ein neuer Schritte ist die Erprobung der Bildungspläne in den 5. Klassen. Ebenso soll bereits in 2009 mit der schrittweisen Integration der **Förder- und Sprachheilschulen** begonnen und die **Abschulungen „nach unten“** von Integrierten Haupt- und Realschulen, Haupt-/Realschulen, Gymnasien und auch Gesamtschulen beendet werden.

ÜBERGÄNGE ZU EINER HAMBURGER SCHULE FÜR ALLE: SCHRITT 2010

Vor dem Hintergrund des umfassenden Vorlaufs an Lehrerfortbildung, regionaler Schulentwicklung, der Entwicklung entsprechender kompetenzorientierter Bildungspläne sowie einem LehrerInnenmix an den Schulen werden zum Schuljahr 2010/11 zwei strukturelle Einschnitte stattfinden:

Alle SchülerInnen der ersten wie auch der fünften Klassen bleiben für die weitere Schullaufbahn zusammen und werden *nicht mehr sortiert*. Sie finden in Zukunft ihren individuellen Weg durch die Schule für alle.

Ebenfalls ab dem Jahr 2010 müssen die auf Kompetenzrastern basierenden Bildungspläne für die achten und folgenden Klassen entwickelt werden und in den folgenden Jahren erprobt und umgesetzt werden.

WO DIE VISION WIRKLICHKEIT WIRD

Was haben die Atomkraft und die Neue Hamburger Schule gemeinsam? Um wichtige politische Ziele erreichen zu können braucht man Visionen und einen langen Atem. In einer Streitschrift der GAL-SchulpolitikerInnen aus dem Jahre 2002 wird festgehalten:

„Als vor vielen Jahren der Ausstieg aus der Atomenergie gefordert wurde, war dieses eine Vision für die ferne Zukunft. Die Vision für eine Neue Hamburger Schule wird uns nun den Weg weisen, uns den langen Atem verschaffen für unsere Kinder eine bessere und eine neue Schule in Hamburg zu bauen“.

Diese Vision hat in den letzten 2-3 Jahren so rasend schnell Einzug in die Wirklichkeit gehalten, dass man heute nicht mehr nur nach Schweden, Finnland, Kanada blicken muss. Auch in Deutschland und direkt „vor der Haustür“ in Hamburg lassen sich gute Beispiele finden. Einen pädagogischen Aufbruch hat es auch an Hamburger Schulen schon lange vor PISA gegeben. Engagement und Erfahrung dieser Schulen haben auch die Suche der GAL nach einer besseren Schule nachhaltig beeinflusst. Einige dieser Schulen haben sich im Juli 2005 in unserem Reformschulatlas vorgestellt. Wir haben sie gefragt: Was macht ihr eigentlich anders? Wo durchbrecht ihr das traditionelle Schema? Die Antworten formten sich zu einem bunten Strauß von „Best-Practice-Beispielen“ in Hamburg. Deutlich wird dabei immer wieder eines: Die Diskussion über eine NEUE HAMBURGER SCHULE ist auch eine Diskussion über die Schulform. Erfolgreich ist, wer die innere und die äußere Struktur der Schule verändern kann. Immer die Fragen vor Augen: Wie muss die Institution geformt sein, damit alle Schülerinnen und Schüler in ihrer Unterschiedlichkeit am besten lernen und gleichzeitig zu starken Persönlichkeiten heranwachsen? Wie schätzt und akzeptiert man Unterschiede – und wie macht man sie zum Wohle aller fruchtbar? Dass eine solche Pädagogik Leistung fordert und nicht etwa ausschließt, versteht sich von selbst! Das zeigt sich auch bei beim **Deutschen Schulpreis** im Jahr **2006**: Ausgezeichnet wurde die Hamburger **Max-Brauer-Schule**, die **Jenaplan-Schule**, die **Offene Schule Waldau**, die **IGS Franzses Feld**. Wir wollen diese Liste um die **Reformschule Winterhude** in Hamburg ergänzen. Alle diese Schulen stehen für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, den produktiven Umgang mit Heterogenität und das Bemühen, alle Talente entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten zu fördern.

Ist der historische Auftrag der Enquête-Kommission nicht so zu verstehen, im Sinne dieser „Best-Practice-Schulen“ eine Schule der Zukunft zu skizzieren und die Wege dahin aufzuzeichnen? Eine solche Schule zu entwickeln, ist eine Aufgabe von mindestens zwei 8-10 Jahren. Es kann deshalb jetzt noch nicht um Kompromisse gehen – diese werden in Koalitionsverhandlungen geschlossen. Wir wünschen uns deshalb, dass die Enquête-Kommission den Mut zu einem notwendigen, weitsichtigen und historischen Schritt findet.